



MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Zeitung in Mecklenburg und Vorpommern · Nr. 6 · 21. Februar 1990 · 40 Pf

Verschüttete Identität

Mecklenburger Aufbruch – Name gefällt mir. Die Station ist beendet. Neues ist möglich.

Wann ist Mecklenburg untergegangen? Bei der Verwaltungsreform 1952? Oder erst in den 60er Jahren, als jeder Hinweis auf das Mecklenburgerische als bürgerliche Heimatschmeichelei und Aktion des Klassenfeindes denunziert wurde? Oder schon 1933, als der Freitrag zum Gau gezwungen wurde?

Eigentlich ist Mecklenburg nicht untergegangen... blieb lebendig in der Sprache, in der „Mecklenburgischen Landeskirche“ der evangelischen Christen, in der „Kirche Mecklenburgs“, in der die zwangszugezogenen Katholiken nach einem harten Integrationsprozeß endlich heimisch fühlen. Mit der verinnerlichten Mecklenburger-Idee konnten sich vielleicht besser identifizieren, als mit dem Interimsgebilde DDR. Innerhalb dieser unterschwelligen Identität das Überleben innerhalb der Mauern und anderer Grenzen ermöglicht.

Dem Mecklenburger kam es nicht um die Zunge. Er blieb Mecklenburger, auch ohne daß er es ständig sagen mußte, auch ohne das Land und seine Bezeichnung, die im besten Fall noch als museale Kulturschicht erlaubt war. Und auch innerhalb dieses Bereiches nur gefiltert, auf die reine marxistische Lehre abgemünzt: zuerst die Geschichte der Arbeiterbewegung und der verletzten Landarbeiter, dann auch ein bißchen Kunst, aber ja nicht zu viele Kirchen und Schlösser, und schließlich immer neue Herbesetzungen der bösen Großgrundbesitzer und des Ober-

bösewichtes, des Großherzogs.

Und nun: Mecklenburger Aufbruch... Dieser Aufbruch kann kein euphorischer Höhenflug sein. Defizite und Deformationen wollen erkannt und benannt werden. Die Defizite an Geschichtskennntnis und Geschichtsbewußtsein. Die Deformationen bei vorurteilsloser Geschichtsbetrachtung, von Toleranz, von Weitsicht. Wer weiß noch etwas von mecklenburgischer Geschichte, von ihrer Einbindung in die deutsche und die europäische Geschichte? Auf welche Weise könnten solche Kenntnisse vermittelt werden? Wann endlich wird auch ein neuerstarktes Geschichtsbewußtsein dem weiteren Verfall unserer Kunst- und Geschichtsdenkmäler wirkungsvoll wehren? Eine solche „Wende“ ist ja nicht nur eine Frage der Finanzierung! Wann werden die gutgesteuerten Berührungspunkte gegenüber der von indoktrinierender marxistischer Geschichtsdiktatur verteuflten Vergangenheit und ihren kriminalisierten oder totgeschwiegenen Repräsentanten schwinden?

Die Bewältigung der Vergangenheit hat fast unendliche Dimensionen und geht weit über das Entsetzen angesichts des Stasi- und Mauerstaates hinaus.

Der Mecklenburger Aufbruch hat auch etwas von Entdeckungs- und Forschungsexpedition an sich. Es gilt neu zu entdecken und ins Bewußtsein zurückzuführen, was wir als Erbe und Sehnsucht in uns bewahrt haben. Das neue Land Mecklenburg ist schon am Horizont sichtbar. Die Erneuerung der Identität wird schwierig sein. Aber nicht hoffnungslos.

DR. RENATE KRÜGER



Güstrower Schloß

Wir denken an Max Kühl

Er war Direktor der Mädchenchule Paserwalk. Er wurde 1952 auf Betreiben der SED-Kreisleitung aus seinem Amt getrieben. Er war infamen Beschuldigungen ausgesetzt, denen er nicht gewachsen war.

Ein Herzinfarkt setzte seinem Leben ein Ende. Sind die Zeiten vorbei, endgültig, da Lehrer von Parteifunktionären „abgeschossen“ (Die Anweisung lautete wörtlich: „Kühl abschießen“) werden?
A. Zenkert

Dieses Land...

hat das Potential für das Glück aller Berliner, Leipziger, Dresdener, Rostocker...

Das Volk war angetreten, um endlich Privilegien einer Hierarchie zu beseitigen und nicht, um neue Privilegien zu erkämpfen. In diesem Sinne fordere ich für mein Territorium, die „Mecklenburger Seenplatte“, ganz dringend folgendes: Bitte keine Privilegien für uns! Wir wollen jetzt unseren Rückstand von ca. 100 Jahren seit der Erschaffung dieser Welt nicht spornstrecks auf Kosten der

Gemeinde Schullwitz bei Dresden aufholen. Wir brauchen ein Volk auf dem Wege zu sich selbst, brauchen singende Sachsen, großschnäuzige Hauptstädter, weise schweigende Fischköpfe und Herbert Roths wandernde Truppenteile unter einem endlich ungeteilten Himmel. Wir brauchen den starken August, den Pinsel-Heinrich, Fritz Reuter und den Herrn Geheimrat aus Weimar für unsere kulturelle Vielfalt. Was wir nicht brauchen sind nationalistische Kleindenker...
WOLFGANG EICHLOFF

„Ausverkauf“ – der leichtfertige Umgang mit unserer Unsicherheit

Es ist nun wohl beschlossene Sache – wir gehen auf die Einheit zu. Vor einem Jahr noch undenkbar, vor Wochen die Hoffnung auf den Weg zur Einheit über eine Konföderation, jetzt also: „Deutschland“. Das ruft in vielen Bedenken hervor, sie sind hinlänglich bekannt.

Jetzt ist nur zu wünschen, es bleiben noch ein paar Wochen zur Besinnung, daß die Einheit nicht wie eine Lawine über uns und Europa hereinbricht.

Ein anderer Wunsch: Es mögen Politiker zur rechten Verantwortung und zu rechten Worten finden in diesen Tagen. Wie ungeschickt Politiker hüben und drüben sein können, durften wir in den zurückliegenden Tagen wieder erfahren. Da wird von der Zahlungsunfähigkeit der DDR geplaudert, als handele es sich um den Wetterbericht. Als hätten wir die schwere Entscheidung zu fäl-

len: Verbringen wir das Wochenende auf der Krim oder in Madrid! Wieder packen Tausende die Koffer nach diesem heißen Tip. Sie buchen einen Schlafplatz in einer westdeutschen Turnhalle...

Von ebenso großer politischer Vernunft gab der Runde Tisch beredetes Zeugnis. Da werden Milliarden verplant, die einem gar nicht gehören! Als wäre Herr Kohl der Weihnachtsmann, dem das Geld nur so aus dem Mantel purzelt!

Das Resultat so gehandhabter Öffentlichkeitsarbeit: Angst.

Worte, die zur Besonnenheit mahnen, haben kaum noch eine Chance, gehört zu werden. Ein Versuch: Keine Panik! Keine Angstkäufe! Keine Reaktion auf Angebote, eine schnelle Westmark zu verdienen! Der so viel beredete „Ausverkauf“ kann nur gelingen, wenn wir ihn vollziehen; wenn wir das, was wir besitzen, zu

Schleuderpreisen verhökern! Es ist jetzt dumm, Schmuck, Porzellan, Antiquitäten zu verkaufen. Wenn auch noch so verlockende Preise für Grundstücke geboten werden (hierfür wird ohne Scham in unseren Zeitungen geworben, von unseren „Unabhängigen Presseorganen“), sollte man in Ruhe bedenken: Nach den Wahlen, nach der Neuordnung unserer Wirtschaft wird alles das, was jetzt veräußert wird, ein Vielfaches wert sein!

Und noch etwas drohen wir in dieser Zeit zu verlieren – unsere Würde!

Die hungernden Kinder müssen von der Straße. Wir können ihnen doch kaufen, was sie brauchen und was ihnen Freude macht!

Haben sie sich das von uns Erwachsenen abgucken? Warum sollten wir betteln für etwas, das morgen das normale Zahlungsmittel ist?

„Ausverkauf“ – ein Wort, das uns zu lange die Gedanken verkleistert hat. Ist für die „bösen Kapitalisten“ noch etwas da, was sie kaufen möchten? Unsere uralten Maschinen? Unseren großartigen Verwaltungsapparat? Die Mehrzahl der von uns so verteuflten Vertreter der „Ausbeuterklasse“ haben für die Werktätigen Arbeitsbedingungen geschaffen, die den unseren leicht, auch was die Menschlichkeit von Arbeitsorganisation angeht, Konkurrenz bieten können. Wir dürfen hoffen, daß wir binnen kurzem auch so arbeiten. Denn es gibt viele, die uns helfen wollen und können. Sie verlangen von uns nicht die „bedingungslose Kapitulation“, sondern nehmen uns als ihre zukünftigen Partner ernst.

Marktwirtschaft kann „sozial“ sein, sozialer als die Planwirtschaft, die uns soweit gebracht hat.
R. M.

Wir stellen vor

Neues Forum

Interview für den Mecklenburger Aufbruch mit Hans Zimmermann, Sprecher der Basisgruppe des Neuen Forum der Region Ludwigslust

Am 27./28. Januar fand in Berlin die Gründungsversammlung des Neuen Forum der DDR statt. Sie haben daran teilgenommen. Welche Auffassungen gab es nach den Beratungen?

Hans Zimmermann: Die nicht leichte Aufgabe besteht darin, aus einer Protestbewegung heraus die Kraft für eine notwendige Erneuerung in allen Bereichen zu finden. Es zeigt sich, daß sich dafür in den zurückliegenden Wochen ein breites Meinungsspektrum gebildet hat. Wenn es nun darum geht, Wege und Ziele für die zukünftige Gesellschaft zu formulieren und politische Verantwortung mitzutragen, dann kommt es natürlich zu Differenzierungen wie auf der Berliner Gründungsversammlung. Bei der Diskussion zum Programm haben sich die Delegierten

mehrheitlich für einen deutlichen Weg zur sozialen Marktwirtschaft, die soviel Markt wie notwendig und soviel soziale Sicherheit wie möglich hat, ausgesprochen. Sie erklärten sich für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit diesen Auffassungen geht auch unsere Basisgruppe konform.

Wie sollten sich die angestrebten Veränderungen nach Ihrer Meinung vollziehen?

Hans Zimmermann: Wir sind Realisten genug, um einzuschätzen, daß es nicht um eine schnellstmögliche Wiedervereinigung geht, sondern daß dazu Veränderungen sowohl bei uns als auch in der Bundesrepublik schrittweise erfolgen müssen. Das bedeutet Herauslösung aus beiden Militärblöcken und konsequente Entmilitarisierung. Wir

wollen deutlich machen, daß auch wir das Ziel in einer Wiedervereinigung sehen. Soziale Sicherheit und Ökologie fördernde Prozesse lassen sich nur mit einer Hochleistungswirtschaft realisieren. Natürlich muß eine demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten gesichert werden.

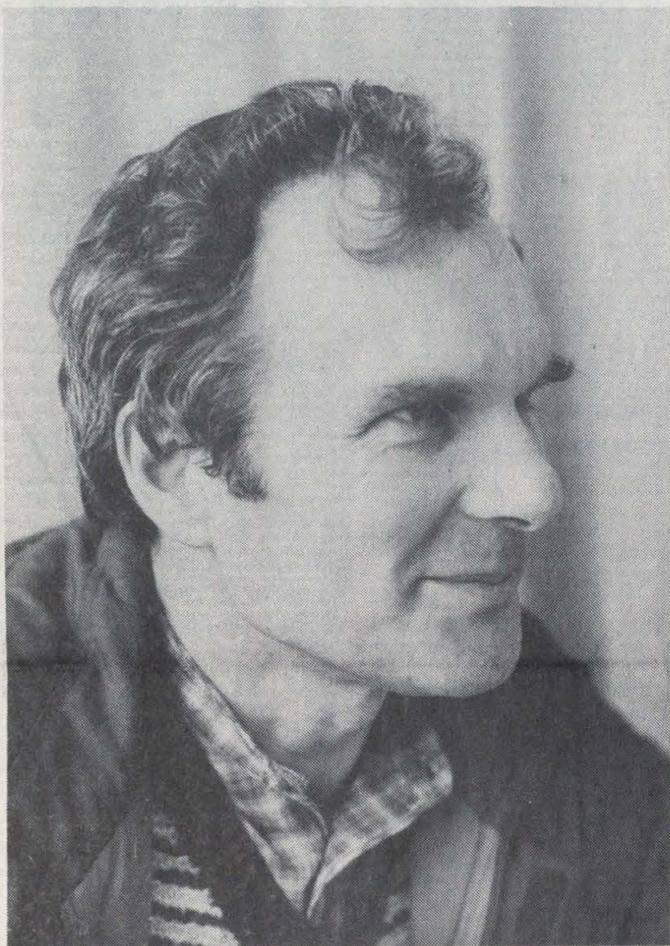
Sie sind bereits langjährig für den Umweltschutz aktiv. Wie stellt sich das Neue Forum in Ludwigslust der Frage?

Hans Zimmermann: Besonders in Neustadt-Glewe sind Luft- und Wasserverschmutzung durch das Lederwerk seit langem unerträglich. In vielen Gemeinden ist die Belastung des Trinkwassers mit Nitraten besorgniserregend. In Eldena wurde ein neues Käsewerk in Betrieb genommen, ohne daß die neuen Kläranlagen dafür fertig sind. In unserem Wahlprogramm formulieren wir die Ziele des Umweltschutzes für unser Territorium.

Sie sprechen von der Wahl im März. Wie wird sich das Neue Forum in Mecklenburg dabei profilieren?

Hans Zimmermann: Zunächst rufe ich dazu auf, im Neuen Forum mitzuarbeiten. Es geht aber nicht nur darum, Mitglieder zu bekommen, die Beitrag zahlen. Ein Erfolg bei den Wahlen wird davon abhängen, wie es uns gelingt, vertrauenswürdige und fähige Bürger zu gewinnen. Ich denke auch an viele parteilose Bürger, die sich in der Vergangenheit aus der Erfahrung heraus, doch nichts ändern zu können, zurückgehalten haben. Was unsere Organisationsstruktur betrifft, so gibt es bisher regionale und Bezirkssprecherräte. Die Bildung eines Landessprecherrates Mecklenburg/Vorpommern wird vorbereitet. Das Neue Forum bleibt eine politische Vereinigung auf der Grundlage einer breiten Bürgerinitiative. Es ist z. B. möglich, auch als Mitglied der SPD dem Neuen Forum anzugehören. Dann besteht allerdings nicht mehr die Möglichkeit, im Forum eine Funktion wahrzunehmen oder dafür zu kandidieren. Wir sind offen für eine Zusammenarbeit vor und nach den Wahlen mit allen demokratischen Kräften, denen eine gesicherte Zukunft unserer Bürger am Herzen liegt.

Für das Gespräch dankt
ALFRED ERNST.



„Einigkeit und Recht und Freiheit für unser deutsches Vaterland“

Gedanken zur ersten Wahlkundgebung der Allianz für Deutschland

Am 9. 2. 1990 fand in Schwerin eine Premiere statt: die „Allianz für Deutschland“, das frischgebackene Wahlbündnis aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch, führte seine erste Wahlkundgebung durch. In der emotionsgeladenen Menschenmenge schwankten die Ansichten von vollständiger Ablehnung bis zur absoluten Beifallsbezeugung. Die „politischen Gegner“ der „Allianz“, später recht herzlich von Volker Rühle (Generalsekretär der West-CDU) begrüßt, waren mit Transparenten aufmarschiert. Mit gereimtem Wortgeplänkel, wie „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ oder „Ein (Rechts)extremem kommt selten allein“, glänzten sie vor Niveaulosigkeit, und auch später bei den hitzigen Diskussionen der Versammlung erwiesen sie sich als bloße Sprücheklopfer. Wie gut war es, daß sie sich keiner Organisation oder Partei zugehörig bekannten.

Den ca. 5000 Zuschauern wurde ein gewaltig aufgebauschtes Schauspiel geboten: eine ganze Palette namhafter Vertreter der politischen Szene war zum Wahlkampf angetreten, es gab große farbige Wahlplakate zum Mitnehmen, und Volker Rühle verteilte Autogrammkarten.

Die Redner lieferten den Verteidigern eines „neuen Sozialismus-experimentes“ ein heißes Gefecht. Daß sie außer der PDS, alias SED, auch die SPD dazu zählten, ist entweder auf eine Unkenntnis in Fragen des SPD-Programms oder auf eine neue Wahlkampfstrategie zurückzuführen, die da heißt: SPD gleich SED. Zugeben, die SPD sagt ja selbst, sie sei etwas links der Mitte, aber muß man sie deshalb gleich mit einem linksextremen Stempel versehen? Verwehrt man sich nicht durch solche Kampagne, und dies sei auch der SPD gesagt, jede spätere Zusammenarbeit? Sind nicht die Experten in beiden Reihen so dünn gesät, daß sie nur vereint unser Land aus der Misere führen können? Wollen denn SPD und „Allianz für Deutschland“ im Prinzip nicht das gleiche: die deutsche Einheit und die soziale Marktwirtschaft? Die Unterschiede bestehen einzig und allein in den Mitteln, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollen, und in ihrer Prognose für die dazu notwendige Zeit. Doch über deren Richtigkeit wird letztendlich die Praxis entscheiden. Wäre es da nicht besser, zur konstruktiven Zusammenarbeit zu finden, als sich gegenseitig zu zerfleischen?

Das Grundthema der Kundgebung auf dem Alten Garten war

also der Wahlkampf gegen einen neuen Sozialismus. Den wohl größten Beifall ertete W. Schnur (Vorsitzender des DA). Er sprach sich für ein Zusammengehen aller demokratischen Kräfte aus und forderte alle Anwesenden bildlich dazu auf, näher heranzukommen und eine Einheit zu bilden. Er forderte ein einiges Deutschland mit „Freiheit statt Sozialismus“ mit der Verbindlichkeit der Menschen statt Grenzen. Ein Ja zur deutschen Einheit sei ein Ja für Europa.

Zum Auftritt von V. Rühle gab es sehr unterschiedliche Ansichten. Einerseits war da das Verbot des Runden Tisches, ausländische Redner zu Wahlkampfveranstaltungen einzuladen, und andererseits entsteht wiederum die Frage: ob V. Rühle als Deutscher ein Ausländer ist. Diese Frage hat er wohl selbst mit der Anrede „Landsleute...“ beantwortet. Er sprach sich, wie schon seine Vorredner, für eine Vereinigung Deutschlands in nächster Zukunft aus und forderte für das nächste Jahr die Wahlen für ein einiges deutsches Parlament. In diesem Sinne wurde auch V. Havel zitiert: „Es ist nicht wichtig, wie groß Deutschland ist. Es ist wichtig, wie demokratisch Deutschland ist.“

MATHIAS DIEDERICH

Die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland

Von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

Das Streben der Deutschen nach Einheit erhöht die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, ihren Beitrag zur europäischen Stabilität zu leisten. Sie muß Motor des KSZE-Prozesses und der Abrüstung sein. Ohne durchgreifende und schnelle Abrüstung gibt es keine Einheit Europas. Abrüstung wird auch die Hindernisse, die die Sicherheitspolitik für die deutsche Einheit bietet, reduzieren. Wir wollen eine West-Ost-Stabilitätspartnerschaft, die dem demokratischen Veränderungsprozeß in Mittel- und Osteuropa einen stabilen Rahmen gibt. Wir dürfen die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion dabei nicht außer acht lassen. Es geht darum, mehr Sicherheit und Stabilität zu schaffen und nicht das Kräfteverhältnis zu verschieben. Eine KSZE-Gipfelkonferenz ist deshalb noch im Jahre 1990 dringlich. Wir setzen uns bei allen Unterzeichnerstaaten der KSZE für eine solche Konferenz ein. Ich appelliere an alle westlichen Staaten, die Notwendigkeiten westlicher Stabilitätspartnerschaft zu erkennen und die Möglichkeiten der KSZE-Gipfelkonferenz 1990 für diese europäische Stabilität zu nutzen.

Was das Verhältnis der beiden deutschen Staaten angeht, so kann das, was in der Bundesrepublik Deutschland getan und gesagt wird, nur die Positionsbildung der Bundesrepublik Deutschland sein, also ein Ange-

bot an die DDR, aber auch ein Angebot an alle unsere Nachbarn. Die Menschen in der DDR werden erst durch eine freie, geheime und gleiche Wahl ein demokratisches Parlament wählen und damit auch eine demokratische Regierung. Wir wollen den Entscheidungsraum der aus diesen Wahlen hervorgehenden Regierung von hier aus nicht einschränken und Entscheidungsoptionen nicht vorwegnehmen. Die Bürger in der DDR müssen in freien Wahlen ebenso wie wir ihren künftigen Standort bestimmen und den Weg zur deutschen Einheit definieren können.

Über die Zukunft der DDR wird in der DDR entschieden und nicht in der NATO und auch nicht bei uns. Die Wahlen am 18. März 1990 werden auch darüber entscheiden, was sich die Bürger der DDR von dem Plan des Ministerpräsidenten Modrow zu eigen machen und was nicht, nachdem Herr Modrow sich dem Wunsch der Deutschen nach Einheit endlich angeschlossen hat. Die deutsche Zukunft verlangt nicht Neutralisierung, sondern kooperative Strukturen der Sicherheit in Europa, in denen die Sicherheitsinteressen aller Europäer – auch die der Sowjetunion – gewahrt werden und in denen schließlich auch die Bündnisse aufgehoben können, deren Aufgaben schon jetzt immer mehr politisch und abrüstungspolitisch werden. Um die Bildung kooperativer Strukturen der Si-

cherheit geht es also, aber nicht um die Ausdehnung eines Bündnissystems zu Lasten eines anderen.

Hilfe für die Überwindung der Probleme der DDR ist aber schon jetzt dringend geboten. Darüber kann und muß auch schon mit der Regierung Modrow gesprochen werden. Die medizinische Versorgung verschlechtert sich zusätzlich zu den strukturellen Mängeln laufend durch personelle Auszehrung. Wir sind es den Deutschen in der DDR schuldig, jetzt tatkräftig zur Modernisierung der Krankenhäuser und der medizinischen Versorgung beizutragen. Es ist unerträglich zu wissen, daß in der DDR Menschen sterben, denen mit unserem Stand der medizinischen Versorgung geholfen werden könnte, es ist unerträglich zu wissen, daß in der DDR Menschen kränker werden, die geheilt werden könnten.

Das Sozialversicherungssystem der DDR ist überfordert, sowohl finanziell wie in den Elementen des sozialen Netzes. Letzteres gilt vor allem für das Fehlen einer Arbeitslosenversicherung. Ohne Hilfe der Bundesrepublik Deutschland wird die Solidargemeinschaft in der DDR das Problem nicht lösen können.

Private Investitionen verlangen durchgreifende Wirtschaftsreformen in der DDR, die müssen dort entschieden und durchgeführt werden. Die Förderungsmaßnah-

men des Bundeswirtschaftsministers sind ein ermutigendes Angebot.

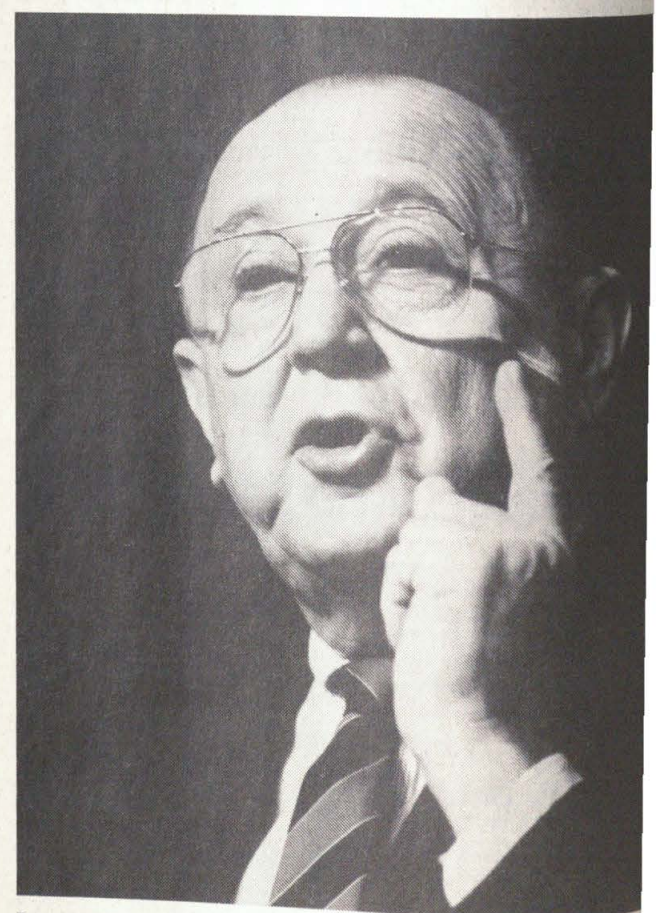
Die kommunale Infrastruktur in der DDR droht zusammenzubrechen. Hier kann Hilfe sofort geleistet werden. Aber auch die Verkehrsstruktur kann ohne unsere Hilfe nicht in den erforderlichen Zustand gesetzt werden.

Mit der Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion muß jetzt begonnen werden und nicht später. Gutes Geld für gute Arbeit ist eine berechnete Erwartung auch der arbeitenden Menschen in der DDR. Kommt die DM nicht zu ihnen, kommen sie zur DM. Mit dem Flüchtlingsstrom und der weiteren personellen Auszehrung der DDR wird eine wirtschaftliche Erholung immer schwieriger.

Die Verantwortung und Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist es, den Bürgern zu sagen, nationale Einheit gibt es nicht zum Nulltarif. Nationale Verantwortung verlangt auch nationale Solidarität, das heißt, das kostet Geld, viel Geld. Diese Solidarität ist auch ein Beitrag zur Stabilität in der DDR. Eine immer instabiler werdende DDR schafft auch Probleme für die europäische Stabilität.

Dies sind die Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland 1990:

1. Die Abrüstung vorantreiben, die Stabilitätspartnerschaft zwi-



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

schen West und Ost und kooperative Strukturen der Sicherheit schaffen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen ausbauen, den KSZE-Prozeß vertiefen, eine KSZE-Gipfelkonferenz über die Zukunft Europas durchsetzen.

2. Mit der am 18. März demokratisch zu wählenden Regierung über den Weg zur deutschen Ein-

heit in Europa Verhandlungen aufnehmen, aber nicht jetzt Selbstbestimmung der durch Vorwegbestimmung eingeschränken.

3. In der DDR sofort tatkräftig und dort zu helfen, wo Hilfe wendig ist. „Wir sind ein Volk“ bedeutet auch, nationale Solidarität mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit für alle Deutschen.

Grüne Liga auch auf Rügen

RÜGEN. Es gibt die Grüne Liga jetzt auch auf Rügen. Um wirksam zu werden, braucht sie die Hilfe recht vieler Menschen. Bewohner und Besucher der Insel können mit ihrer Hilfe die Arbeit unterstützen. Wer Interesse hat, wende sich an die vorläufige Kontaktadresse: Constanze Junker, PF 10-02, Baabe/Rügen 2334.

Landestreffen vom Neuen Forum

Das Landestreffen des Neuen Forum Mecklenburg/Vorpommern findet am 23. Februar ab 18 Uhr in der Schweriner Sport- und Kongreßhalle statt.

Konzert für einen guten Zweck

WISMAR. In diesem Monat organisierte die Initiativegruppe des Neuen Forum für Sozialwesen im Wismarer Stadttheater ein Benefiz-Konzert für Behinderte mit gutem Erfolg. 2700 Mark wurden eingeplant, und dafür konnten für unsere Behindertenwerkstatt 11 verstellbare Drehhocker angeschafft werden, was von sozialistischer Seite trotz jahrelanger Beantragung zugunsten von Schrankwänden zurückgestellt wurde. Unter dem Motto „Wismarer singen, spielen und spenden für Behinderte unserer Stadt“ wollen wir solche Veranstaltungen wiederholen.

Ein Treffen zum Thema Gorleben

WITTENBERGE. Kürzlich wurden im Kreis Perleberg 45 Unterschriften gegen die geplante Verarbeitung und Lagerung hochradioaktiven Mülls in Gorleben (nahe Lengen-Elbe) gesammelt vom Neuen Forum (Arbeitsgruppe Umweltschutz). Zusammen mit einer Willenskundgebung und 600 Unterschriften vom Neuen Forum Salzwedel wurden sie dem Umweltminister des Landes Niedersachsen, Herrn Remmers (CDU), im Landtagsgebäude in Hannover übergeben. Die Mitglieder des Neuen Forums forderten, die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren als Beauftragte gleichberechtigt einzuziehen zu werden.

Demokratie - Realität der Demagogie

Als linksgerichtete Bürgerbewegung treten wir für die demokratische Erneuerung unseres Landes ein.

Doch in welche Bahnen gehen dieser Demokratisierungsprozesse? Mit Hartnäckigkeit und Ausdauer gelang es den neuen demokratischen Kräften, am Runden Tisch ein Mitbestimmungsrecht zu erhalten. Da geht es uns darum, dieses Privileg zu nutzen, um selbst zu entscheiden, was in diesem Land veränderungsbedürftig ist und was an Gütern erhalten werden sollte. Wie wir stellen mit Befremden fest, daß nach demokratischem Beschluß, in dem sich die Mehrheit der Teilnehmer am Runden Tische gegen Schritte bundesdeutscher und Westberliner Politiker aussprach, diese Entscheidung durch CDU, SPD und demokratischen Aufbruch unterlaufen wird.

Wie werden sich diese Parteien und Vereinigungen künftig zu demokratischen Entscheidungen verhalten?

Werden sie auch in Zukunft für ihre parteipolitischen Ziele eintreten und diese durchsetzen?

Hätten wir das nicht schon einmal und haben sich nicht daraus Machtstrukturen entwickelt, die wir zerschlagen mußten, um eine Demokratisierung im Interesse der arbeitstätigen Menschen in Angriff zu nehmen?

MECKLENBURGER VEREINIGTE LINKE
PF 153
Güstrow 2600

Radioaktivität kennt keine Grenzen

Seit Jahrzehnten wird in Atomkraftwerken Elektroenergie erzeugt, um den ständig steigenden Bedarf auf relativ billige Art und Weise decken zu können.

Das leicht eingängige Wort von der friedlichen Nutzung der Atomenergie machte sehr schnell die Runde. Die wohlklingenden Argumente von einer sauberen emissionsfreien Erzeugung von Elektroenergie durch Kernspaltung sollte nolens volens die Überzeugung mit verbreiten, eine bessere Alternative in unserem Zeitalter gibt es nicht.

Gegenwärtig werden weit über 50 Prozent des Elektroenergiebedarfs in unserer Republik durch verstromen von Rohbraunkohle erzeugt. Mit einer Fördermenge von 312 Millionen Tonnen Braunkohle im Jahr 1985 lag die DDR mit Abstand an der Spitze der Förderländer. Pro Kopf der Bevölkerung waren dies in dem genannten Jahr 18,7 Tonnen. In der Tschechoslowakei betrug die Verbrauchsquote 6,5 Tonnen pro Kopf und Jahr; in anderen Industriestaaten lag die Braunkohlenförderung meist deutlich unter einer Tonne. Die DDR ist nicht nur bei der Braunkohlenförderung führend, sie liegt auch an der Spitze aller Industriestaaten durch den Schadstoffausstoß, der Schwefeldioxidemissionen pro Kopf der Bevölkerung beziehungsweise pro Quadratkilometer Bodenfläche.

Ein geeignetes Verfahren zur Abgasentschwefelung ist zur Zeit nicht vorhanden und schwebt in den Sternen.

Bleibt also als Alternative für die Energieerzeugung die Kernspaltung? Der gegenwärtige Kernenergieanteil in der DDR ist vergleichsweise gering; dennoch sind die Gefahren einer radioaktiven Umweltverseuchung äußerst prekär.

Vor wenigen Tagen äußerten sich sogenannte Experten vor dem Runden Tisch in Berlin, daß bei uns die sicherheitstechnischen Mindestforderungen für den Betrieb von Kernkraftwerken eingehalten werden.

Dabei verschwiegen diese Befürworter der Atomenergieerzeugung die einfache Tatsache, wesentlich und bewußt, daß es keine absolut funktionierende Technik bei der Erzeugung von Atomenergie gibt, wie es andererseits keinen unfehlbaren Menschen gibt. Harrisburg, Tschernobyl, Windscale, Biblis... das sind nur einige wenige Beispiele der friedlichen Nutzung der Atomenergie und ihrer fragwürdigen Beherrschbarkeit.

Von einem „Beinahe-Unfall“ in Harrisburg, Biblis und wie vor wenigen Tagen bekanntgeworden im KKW Greifswald bis hin zur Katastrophe von Tschernobyl ist nur ein kleiner Schritt. Dem nicht genug. Die bei der Erzeugung von

Atomstrom entstehenden hochradioaktiven Abprodukte bleiben über Jahrtausende, zum Teil über Jahrmillionen wirksam und für die Menschheit überaus lebensgefährlich.

Eine sichere Entsorgung des überall anfallenden Atomabfalls ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt weltweit nicht geklärt.

Seit über 13 Jahren wird der Salzstock Gorleben erkundet, ob er sich als nukleares Endlager für hochradioaktives Spaltmaterial eignet, das jährlich als Atomabfall anfällt und entsorgt werden muß.

Zur Zeit werden in Gorleben die beiden Schächte für das sogenannte Erkundungsbergwerk gebaut. Erst die untertägige Erkundung kann Aufschluß darüber geben, ob der Salzstock tatsächlich als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet ist.

Trotz dieses offensichtlichen Unsicherheitsfaktors wird in Gorleben mit dem Bau einer Pilotkonditionierungsanlage begonnen.

Tausende Bürger aus der Bundesrepublik gemeinsam mit Bürgern aus Niedersachsen, den Kreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen sowie Initiativgruppen aus der DDR, den Kreisen Stendal und Osterburg sowie aus Wittenberge protestierten energisch am 3. Februar dieses Jahres gegen die menschenfeindlichen Mächenschaften der Atom-Mafia in Gorleben. X. TIROB



Die Natur wartet nicht

Nach den denkwürdigen Tagen des Novembers 1989 hat ein Wettlauf zwischen Rhön und Dassower Wiek eingesetzt. Ziel dieses Wettlaufes sind die vierzig Jahre lang unzugänglichen Gebiete an der deutsch-deutschen Grenze. Weitsichtige Gemeindevertreter wollen hier künftig Naherholung und Fremdenverkehr anbieten. Kurzsichtige Kapitalbesitzer gieren nach Immobilien, um Natur zu privatisieren. Die Schar der sensationslüsternen, ahnungslosen und motorisierten Wochenendausflügler lechzt nach Naturerlebnissen und bringt sich durch ihr massenhaftes Auftreten um dieselben. Der aufgeklärte und informierte Staat will zugunsten von Natur- und Artenschutz Flächen vor den Interessen einzelner zum Wohle aller sichern.

Eine unübersichtliche Situation, die die SPD im Kieler Landtag aber beenden und möglichst viele Interessen zum Erhalt dessen bündeln will, was vierzig Jahre ungestört war. Im Februar noch soll der Schleswig-Holsteinische Landtag einen Schutz- und Nutzungskonzept für die bisherigen Grenzgebiete zwischen Elbe und Ostsee vorliegt. Die Natur gilt es jetzt zu retten, sie wartet nicht auf Wahltermine oder auf die Irgendwannrealisierung langgehegter Pläne staatlicher Stellen, die bisher in Schubladen und Sonntagsreden verstaubten. Deshalb die Eile der Sozialdemokraten. Sie konnten sich auf die zahlreichen Aktivitäten stützen, die seit Wochen in der Presse pro Natur contra Wachstumsfetischismus mobil machen.

Interessierte und Verantwortliche beider Seiten sind aufgefordert, sich zusammenzufinden und in Diskussionen und

- Verhandlungen ein allseits respektiertes Übereinkommen zu erzielen über
- die einzurichtenden Naturschutzbereiche und Biotopverbundsysteme
- die aufzubauenden Naturerlebnisräume mit einem umfassenden Informationsangebot
- umweltschonende Land- und Waldbewirtschaftung
- den Aufbau und die Entwicklung einer Fremdenverkehrsinfrastruktur im Rahmen eines sanften Tourismus
- Begrenzung und Steuerung der Verkehrsströme
- die Regelungen der Freizeitnutzungen, z. B. auf dem Wasser
- Dorferneuerungsmaßnahmen.

Zu diesem abgestimmten Schutz- und Nutzungskonzept müssen aber auch Maßnahmen treten, um Schad- und Nährstoffe von der Umwelt beiderseits der Schutz- und Nutzräume fernzuhalten. Hierzu zählen beispielsweise der Klärwerksbau und die Erweiterung derartiger bestehender Anlagen. Ufer- und Gewässerrandstreifen sind vor Nährstoffgaben zu schützen. Besonderes Augenmerk ist auf die umweltschonende Landwirtschaft zu richten.

Die Freude, daß wir uns jetzt einander wieder begegnen, auch in Gebieten, deren Zugang bisher verwehrt war, sollten wir nicht auf Kosten der Natur ausleben. Andererseits darf Naturschutz keine neuen trennenden Barrieren aufbauen. Besonders schutzwürdige Bereiche sind jedoch wegen ihrer Einmaligkeit vorrangig zu schützen, damit ein Ausverkauf nicht stattfindet.

DR. JÜRGEN HINZ
Vorsitzender des Umweltschutzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages



Auge um Auge...

Der Volkszorn fordert: Honecker raus aus den „Hoffnungsthaler Anstalten“! Pastor Holmer ist ein Kollaborateur! Hat die Kirche vergessen, daß gerade Gläubige in diesem Lande diskriminiert wurden?! Hat sie vergessen, daß junge Christen außerhalb von FDJ und Jugendweihe keine Chance für eine berufliche Perspektive hatten?!

Pastor Holmer hat all das sicherlich nicht vergessen. Er hat aber auch nicht vergessen, daß es gerade die Kommunisten waren, die unter der NSDAP die meisten Opfer gebracht hatten... um sich dann später selber mit Blut zu beflecken. Wird sich deshalb ein Verfolger des schwarz-rot-goldenen Stalinismus, wie z. B. Walter Janka, das Recht herausnehmen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten? Die Wende wäre dann nur eine Ablösung eines Unrechtregimes durch ein neues, wie so oft in der Geschichte. Wir sehen an den heutigen unversöhnlichen Forderungen, daß erlittenes Unrecht allein den Menschen noch nicht gut macht. Schon Stunden später ist er zu Gleichem fähig, weil er sich einredet, dazu das moralische

Recht zu besitzen. „Auge um Auge“ hinterläßt jedoch nur Blinde. Lenin ließ 1917 sofort die gesamte Zarenfamilie erschießen. Kleine unschuldige Kinder gehörten dazu. Kann man auf Blut Humanismus aufbauen?

Heute mehr denn je müssen wir den Gedanken der Vergeltung akzeptieren, wohlwissend, daß er die einzige Chance der Menschen ist, aus dem Teufelskreis von Verbrechen und Rache herauszukommen. Rachsüchtige Mafiosi werden mir da sicherlich kein Recht geben, aber ist nicht jede Vergeltung dem Verbrechen selbst gleichzustellen?

Könnte sich nicht jedes Verbrechen ausschließlich als Vergeltung für ein anderes verstehen? Janka für Thälmann! Jetzt Honecker für Janka! Und wie weiter?

Wir können den Schuldigen am Siechtum eines ganzen Volkes nicht vergeben. Sie müssen hart und gerecht bestraft werden. Wir dürfen aber nicht primitive Vergeltung üben, denn „die beste Art, sich an jemand zu rächen, ist die, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten.“ (Markus Aurelius, ca. 160 n. Chr.)

Vor den Klauen einer neuen „Stasi“ brauchen also Honecker, Mielke und Hunderttausende andere willige Menschenrechtsverletzer nicht zu erzittern. Und wenn sie (nach Strafverbüßung) ausreisen wollen, werden wir ihnen keine Steine in Gestalt einer Mauer in den Weg legen. Durch Repressionen würden wir uns nur selber schaden, „denn wer ein Unrecht begeht, begeht es gegen sich selbst, da er sich dann moralisch verschlechtert“ (Markus Aurelius).

Freiheit und innerer Frieden eines Volkes können nicht in neuem Unrecht wurzeln. Deshalb gilt mein Dank Pastor Holmer. Hoffnungsthal macht mir Hoffnung. Haben viele diesen Wink des Himmels verstanden? Er zeigt uns den einzig gangbaren Weg.

WOLFGANG EICHLOFF

PS: Der Partei aber, die Erich Honecker jahrzehntlang hochjubelte und zu einem Halbgott machte, gelingt es nicht, ihrem einst so verehrten Generalsekretär, eine von einer Mehrheit akzeptierte Wohnlösung anzubieten.



Vergeßt die Alten nicht...

... diese oft gehörte Sorge führte den Mecklenburger Aufbruch ins Feierabend- und Pflegeheim Friedrichsthal in Schwerin. Hier haben 75 Heimbewohner im Alter von 19 bis 92 Jahren ihr Zuhause. So junge Leute? Mancher Leser wird erstaunt sein. Die Erklärung:

Seit 1983 leben auch geistig Behinderte in dem Gebäude, derzeit Zweidrittel der Heimbewohner. Sie kommen aus der Dobbertiner Einrichtung für behinderte Jugendliche. Da sie über 18 Jahre sind, ist dort kein Platz mehr für sie.

„Die Altersrentner haben sich an die Behinderten gewöhnt. Manchmal ist es nicht schön, aber die Behinderten müssen auch eine Bleibe haben“, meint Maria Stachowiak, Leiterin des Heimes. Täglich können die Heimbewohner von ihren Verwandten

und Bekannten besucht werden. Die betagten Frauen und Männer bekommen Besuch, aber die Behinderten ...

Große Sorgen bereiten Frau Stachowiak fehlende Mitarbeiter, besonders Schwestern. „Schwestern lassen sich nicht ersetzen.

Es fehlen drei, zwei gingen nach drüben.

Jetzt ist in jeder Schicht, wir arbeiten in drei Schichten, nur eine Schwester da. Einige Bewohner sind Diabetiker und müssen gespritzt werden, ein großes Problem“, so die Heimleiterin. Einen

Grund für die fehlenden Arbeitskräfte sieht sie im langen Weg nach Friedrichsthal. Von Lankow geht es noch mit dem Bus hierher. Soldaten kamen auch schon zur Hilfe, doch sie wurden im Januar wieder abgezogen.

Wie leben die Menschen im Heim? 120 Mark zahlen sie pro Monat für Kost und Logis. 600 000 Mark gibt der Staat jedes Jahr für die Einrichtung dazu. Das Haus einst Jagdschloß und seit Mitte der 50er Jahre Feierabendheim ist alt. Es steht unter Denkmalschutz. Zur Zeit arbeiten Handwerker an einer neuen Küche. Eigentlich sollten nur neue Fliesen an die Wände, schon im vorigen Jahr. Doch die Balken des Fachwerks waren total verrottet, und so wurden die Arbeiten bedeutend umfangreicher, das heißt: Belastung für die Heimbewohner, da sie dichter zusammenrücken müssen. Ende März soll der Küchenbau beendet sein.

Bis zu drei Bewohner leben in einem Raum, nun bis zu vier. Für die Waschgelegenheiten in den Zimmern gibt es seit dem vorigen Jahr warmes Wasser. „Das ist ein ungeheurer Fortschritt, denn bis dahin mußten unsere Schwestern immer Wassereimer in die Zimmer bringen“, so Frau Stachowiak.

Im Erdgeschoß ist in den früheren Pferdeställen die Pflegestation untergebracht. Einmal pro Woche kommt ein Neurologe und zweimal in der Woche ein Allgemeinmediziner zur Betreuung.

Für alle stehen ein Fernsehraum und ein Essenraum zur Verfügung. Einmal im Monat ist Kino auf dem Programm. Zu Anlässen spielt die Hauskapelle, es gibt Fahrten durch die Stadt und mit der Weißen Flotte, die Volkssolidarität engagiert sich öfter ...

Der Besuch in Friedrichsthal hinterließ tiefe Eindrücke bei mir. Unsere friedliche Revolution darf auch Alte und Kranke nicht vergessen. Denken wir immer daran.

K. F.



Eine Alternative:

Gemeindenahe Rehabilitation

Geschädigte Mitbürger müssen leben, wo eben ein Platz frei ist. Das ist selten ein Platz inmitten der Gemeinde. Das heißt Trennung und nicht herzliche Aufnahme, Degregation und nicht Integration. Entwurzelung und nicht sorgsame Pflege. Das führt dazu, die Mitbürger als Fremde unter uns zu sehen.

Damit ich recht verstanden werde: Ich sehe die innige Anteilnahme der Mitarbeiter in den Heimen, erlebe herzliche Zuwendung und hier und da auch fachlich beachtlich fundierte Rehabilitation.

Alles das, so meine ich, kann aber nicht korrigieren, was durch die Trennung von der Gemeinde an sozialem Defizit besteht. Es

wird für einen Schwerbehinderten, der in Güstrow geboren ist, in zwei oder drei verschiedenen Heimen lebte, dessen Eltern heute irgendwo im Lande leben, kaum eine Integration in die Gemeinde geben können.

Es ist kaum zu ermitteln, wer diesen Mitbürger damals getauft hat, eingeseget hat, mit allen guten Worten aufgenommen hat in den Kreis der Gemeinde ... Und es wird in der Zukunft kaum zu erwarten sein, daß eine einem Heim zustandegewonnen ist.

„Kommet her zu mir, die ihr mühselig und beladen seid ...“ wird sie nicht sagen können, denn sie wird rechnen lernen müssen, um an Dienstleistungen zu bieten, wessen die Mitglieder des Gemeindegewesens bedürfen.

Zu hoffen bleibt, daß die Verwaltungen sagen: Wir werden immer Sorge tragen für den, der zu unserem Kreis gehört, denn wir sind ihm ebenso verbunden wie verpflichtet.

Ist es in Folge dieser Gedanken nicht so, daß Rehabilitation überhaupt nur dann möglich ist, wenn sie gemeindenahe geschieht, das Ziel jeder Rehabilitation ist die Integration dessen, der vom Schicksal an den Rand (in eine Randgruppe) des Gemeindegewesens gespült wurde. Wo sollte das geschehen, wenn nicht im Heimatort? Gilt dieses nicht als Prämisse ebenso für die Integration geschädigter Kinder in Krippe, Kindergarten und Schule wie für die Integration der alt und gebrechlich gewordenen Gemeindeglieder?

In der UNO-Deklaration Nr. 344 vom Dezember 1975 jedenfalls wird das Recht bei der Familie zu leben als eines der Grundrechte jedes Behinderten festgeschrieben. Eingeschränkt wird das Recht nicht, betont aber, daß der Aufenthalt in „einer Spezialanstalt“ dann denkbar und tolerierbar ist, wenn das eine Verbesserung für den Mitbürger bedeutet.

Eine Verbesserung? Sicher ist es für einen Gebrechlichen gleich welchen Alters eine Verbesserung, in einem guten Heim zu leben, wenn zu Hause keiner willig oder in der Lage ist, zu sorgen. Der neue Weg sollte gekennzeichnet sein von der Öffnung der Heime, Schaffung von Möglichkeiten der Tages- und Nachtbetreuung, der Wocheneinrichtungen, dem beschützenden Wohnen in kleinen Wohnstätten in den Gemeinden, der Eingliederung in geschützte Arbeit im Territorium (unbedingt außerhalb der Heime, wo immer das möglich ist!).

Träger der Bemühungen müssen leistungsfähige Kreisstationen der Diakonie sein. Dort werden Fürsorge, Sozialpädagogen, Seelsorger arbeiten. Dort wird sich einfinden können, wer in Not ist, dort werden sich all jene treffen können, die helfen wollen und Hilfe suchen ...

V. K.

Die Fotos auf dieser Seite wurden im Feierabend- und Pflegeheim Friedrichsthal (Schwerin) aufgenommen.

Geburtsjahrgang 26

Der erste Artikel der Nr. 1 („Denk' ich an Deutschland“) betrifft auch mein Leben. Geboren 1926, war ich 13 Jahre alt, als der Krieg begann. Mit 19 war der Krieg zu Ende. Dann 40 Jahre warten, daß sich was ändert. In

der Nacht, wo die Grenze aufgemacht wurde, war mein erster Ausruf „Der Krieg ist zu Ende“. 1986 wurde ich Rentnerin, nach 47 Jahren fleißiger und oft schwerer Arbeit, ohne Kindergarten und Krippe, bekam ich

360 M. Das war wie ein Schlag ins Gesicht, jetzt sind es 70 M. mehr. Ein ganzes Menschenleben nur am Rande der Gesellschaft und davon gibt's Tausende. Wegen der Machenschaften der SED und Stasi habe ich geschäumt vor Wut. Es ist wirklich ein Wunder, daß alles friedlich ausgegangen ist.

H. Wiencke, Schwerin

Forderungen zur Sozialpolitik der Initiativgruppe für Sozialwesen

- Veröffentlichung aller Mittel und Zuschüsse aus Betrieben und von staatlicher Seite auf kommunaler Ebene, damit demokratische Kontrolle erfolgen kann.

- Rentenreform: Abbau unberechtigter Privilegien zugunsten Niedrigrentener. Renten und Zinssätze müssen gesetzlich der Teuerungsrate gemäß kontinuierlich angehoben werden.

- Gesetze zur Förderung der von Initiativen mit gemeinnützigem Charakter wie Selbsthilfeorganisationen, private Hilfsorganisationen.

- Weitere Förderung der Volkssolidarität und des DRK.

- Stützung der Familien: Familien, die bereit sind, Alte und Behinderte zu versorgen, müssen steuerlich vergünstigt werden, größeren Wohnraum beanspruchen.

- Anerkennung von Haus- und Pflegearbeiten beim Rentenantrag. Anspruch auf verkürzte Arbeitszeit bzw. Freistellung.

- Neue Konzeptionen für Heime, behinderten- und altersgerechte Wohnungen.

- Schutz und Entlastung alter

Menschen und Behinderter in allen Bereichen des Lebens.

- Ziviler Ersatzdienst, soziales Jahr für alle Jugendlichen.

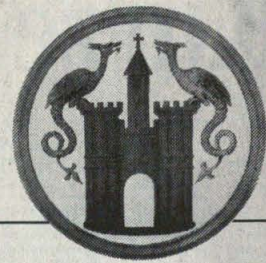
- Kulturelle Angebote.

- Öffentlichkeitsarbeit.

Das Spektrum der Sozialproblematik ist groß. Wir alle sind damit täglich konfrontiert. Wir alle müssen umdenken und müssen uns selbst mit dafür verantwortlich fühlen. Auch wir werden alt, auch uns kann das Schicksal einer Behinderung treffen.

NEUES FORUM
Wismar

WITTENBURG



in Schloß - so mein erster Eindruck vom Rathaus in Wittenburg bei der Ankunft auf dem Platz. Nett begrüßt werde ich von den „Schloßherren“ Monika (Standesbeamtin) und Joachim Deja (amtierender stellvertretender Bürgermeister). Auf meine Fragen zum 764-jährigen Wittenburg beantwortet mich ein 2000 Einwohner zählendes Städtchen mit ihren Ortsteilen Witzmark, Wölzow und Helm.

alte Stadt - klar, daß es viele historische Stätten gibt. Ich habe ich mal gleich beim Rat der Stadt einen richtigen natürlich Rat. Erstaunen, als ich höre: Die Stadt stammt von Georg Demmler. Das Wittenburger Rathaus war übrigens das letzte Werk des in Mecklenburg be-

kannten Architekten. Ganz in der Nähe liegt die Kirche. Wie mir meine Gesprächspartner sagen, ist sie eine der schönsten und ältesten. Da Pastor und Küster nicht anzutreffen sind, entfällt die Besichtigung von innen. Schade.

Überhaupt ist der Marktbereich sehr sehenswert. Das Marktensemble steht unter Denkmalschutz. Leider, leider ist hier, wie auch anderswo, sehr viel verfallen. Bis zur Wende fehlte es an Baumaterialien und Handwerkern. Doch die Wittenburger hoffen, daß nun die Wittenburger Bauleute auch für Wittenburg bauen. Die ortsansässige PGH Aufbau und die privaten Handwerker haben jede Menge Arbeit. Das Problem ist auch in Wittenburg die Wohnungsfrage. Es gibt



viele Wohnungssuchende. Kein Wunder bei jährlich 70 Hochzeiten, wie mir die Standesbeamtin verrät. Hinzu kommt: Alte Häuser wurden in der Vergangenheit abgerissen, etliche Wohnungen stehen leer, da sie unzumutbar sind. Ein Block mit 50 Wohnungen ist gegenwärtig im Entstehen. Ein Tropfen auf dem heißen Stein. Doch davon sollen „laut Plan“ noch 20 Wohnungen an das Grenzkommando gehen, wogegen sich der Rat der Stadt wehrt.

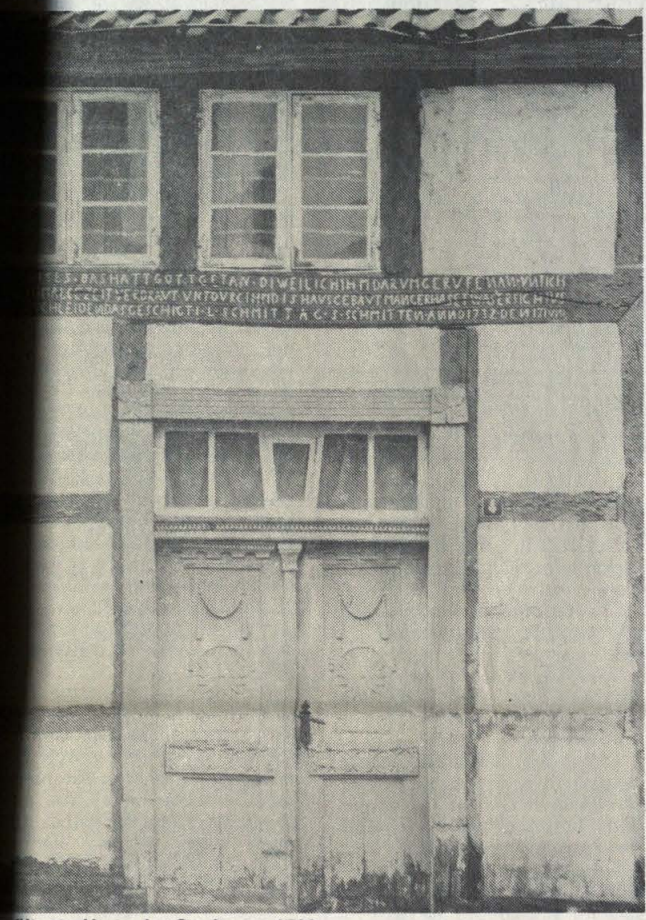
Nicht zufrieden sind die Wittenburger mit ihren Straßen und Wegen. Dringend wird eine Umgehungsstraße benötigt. Denn jetzt geht der gesamte Schwerlastverkehr durch die Stadt und die Erschütterungen hinterlassen Schäden. „Wir Kommunalpolitiker ringen lange schon für eine Umgehungsstraße. Es ging immer aus

Kapazitätsgründen nicht. Den Kampf führen wir weiter“, versichert mir glaubhaft Hans-Joachim Deja.

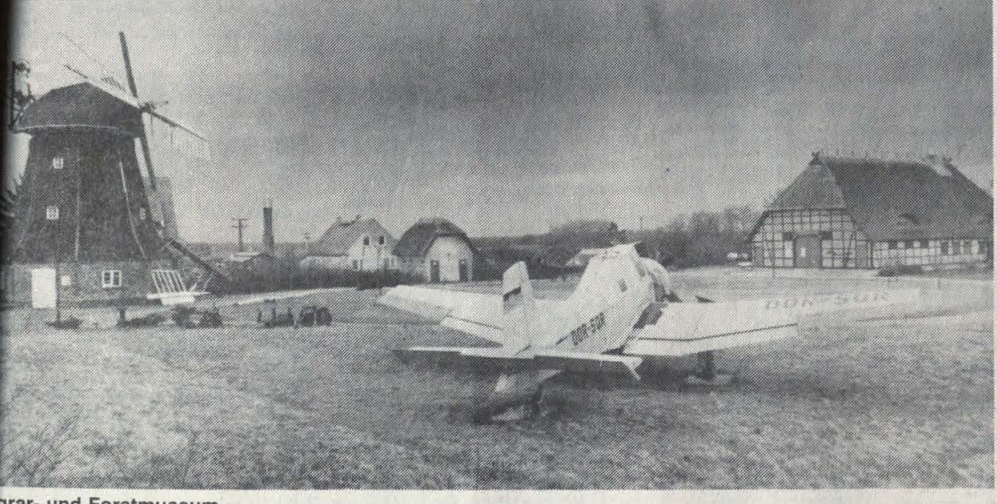
Sehr viele Besucher hat Wittenburg besonders an den Wochenenden von „drüben“. Wittenburg ist die erste offizielle Abfahrt auf der Hamburger Autobahn auf DDR-Gebiet. Mein Blick auf den Parkplatz zeigt mir: Auch in der Woche ist allerhand los. Das gibt in der kleinen Stadt Probleme. Die paar vorhandenen Gaststätten reichen nicht aus. Aber das ist ja DDR-typisch.

Die mecklenburgische Kleinstadt hat ihre Reize. Das hat man auch woanders schon erkannt, denn mehrere Anträge liegen dem Rat der Stadt für Städtepartnerschaften aus der Bundesrepublik vor. Dazu gehört auch Ratzeburg. Übrigens gibt es mit den Ratze-

Das Wittenburger Rathaus nach einem Entwurf von Demmler



älteste Haus der Stadt von 1722



Agrar- und Forstmuseum

Meinungen von Wittenburgern

Theo Haurenherm: Wittenburg ist eine alte Stadt. Die Entwicklung lief allerdings in den letzten Jahren an meiner Stadt vorbei. Es muß jetzt viel für die Sanierung passieren. Es wäre sonst schade.

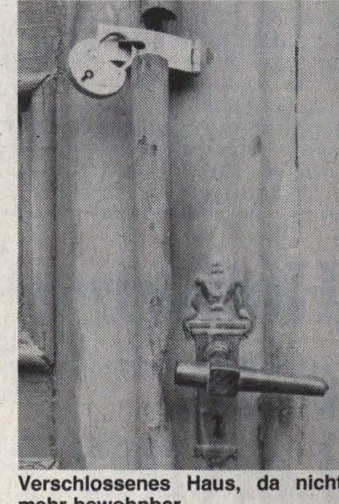
Petra Würdemann: Das Hauptproblem ist, daß eine Umgehungsstraße fehlt. Sonst wird bald alles kaputtgeföhren.

Uwe Nagel: Empfehlenswert ist das Mühlenmuseum. Es gefällt mir prima.

Ralf Eisenhardt: Wittenburg ist eigentlich eine schöne Stadt, aber viel ist verkommen und verdreckt.



Der Löwe über der Löwen-Apartmente



Verschlussenes Haus, da nicht mehr bewohnbar

Ik will die wat vertellen

Wie lang die ollen Tieden zurückliegen? Ja, mien Jung', das kann ich dir so genau nich' sagen. Jedenfalls gab's da noch richtige Drachen! - Jadoch, Lindwürmer, ganz gewiß; denn zwei von diesen Biestern setzten sich rechts und links auf unser Stadttor. Auf welches Stadttor? - Na, auf eins von beiden, denk ich, denn unser Ackerbürgerstädtchen Wittenburg hatte doch zwei davon: das Steintor und das Mühlen-
tor.

Alles Schwindel, sagst du. Ne du, sag' das nich', ich schwindel dich wahrlich nich' an. Hör zu, ich werd' dir das verklären: Die Lindwürmer saßen auf dem Stadttor erstmals 1279. Woher ich das wissen tu? - Nu' ja, dabeigewesen bin ich natürlich nicht, das wenigstens wirst du mir glauben; aber auf unserm ältesten Stadtsiegel trägt das Wittenburger Wappen ein Tor mit zwei geflügelten Drachen darauf.

Die beiden Stadttore sind lange schon verschwunden, aber ich kannte noch alte Wittenburger (oll Vadder Struck zum Beispiel), die sie noch gesehen haben dürften...

Ach ja, die guten alten Zeiten! - (Du mußt wissen, mien Jung, all oll Lüd sprechen nur von den guten alten Zeiten! -)

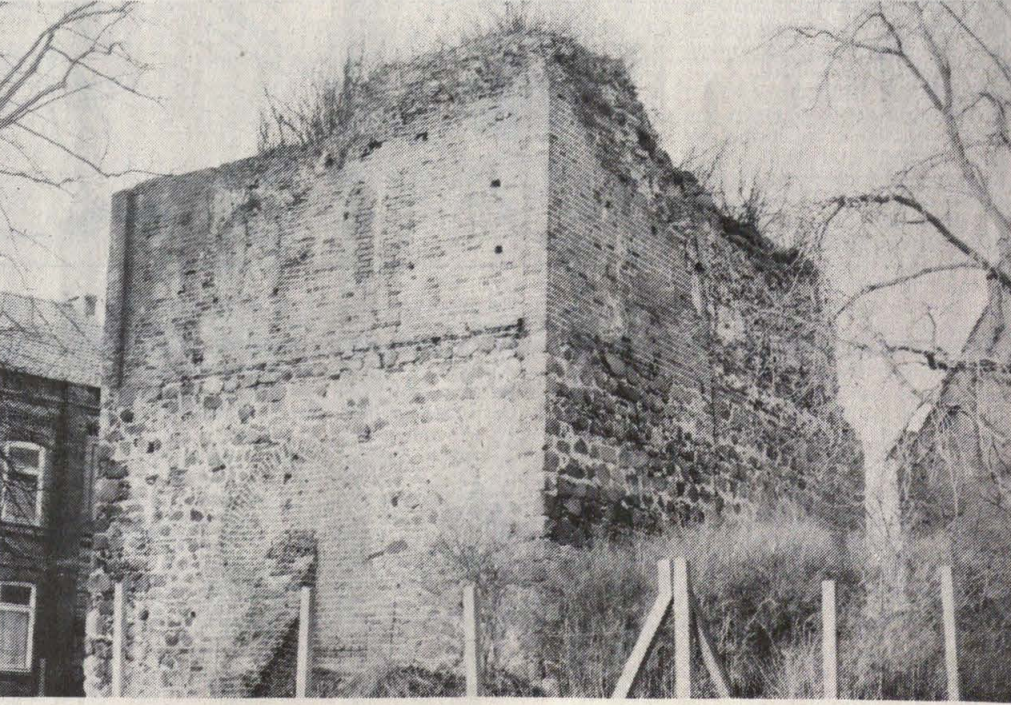
Und aus diesen Zeiten stammt auch noch so mancher Wehrturm und manches Stück Stadtmauer, die du heute noch in Wittenburg besehen kannst, wenn du ein Auge dafür hast. Und das Katzenkopp-Pflaster zum Amtsberg hoch, wo du schon ins Stolpern kommst, wenn du nur schief hinsiehst, das stammt wohl noch aus der Steinzeit, glöf ik!

Auch das älteste Gemäuer der Stadt, die Reste des Hauptturmes der mittelalterlichen Burg oben auf dem Amtsberg, kämpften heute noch immer tapfer gegen den

Verfall. Aber der Zahn der Zeit nagt mächtig an ihnen! - Gewaltige Risse haben sich gebildet (Risse, die einem echten Wittenburger selbst ins Herz reißen! -) Vorsorgliche Stadtväter haben sogar schon teilweise einen Drahtzaun um das noch immer Ehrfurcht einflößende Baudenkmal spannen lassen, womit sie natürlich ganz im Trend ihrer Zeit lagen, denn im Zäuneaufrichten waren unsere DDR-Obrigkeiten ja schon immer Weltmeister!!!

Nu' aber haben wir endlich Zeiten, in denen Zäune wieder abgebaut werden... Und wenn wir die heutigen Zeiten richtig verstehen, ihr Stadtväter, so müssen wir uns alle mal 'n lütt bäten um die letzten Zeugen von gestern kümmern und diese für unsere Kinder zu erhalten versuchen, damit sie wissen, aus welchen Wurzeln sie ihre Kraft herhaben.

Stimmt's, oder hab' ich recht?!
GEREBLU, Ex-Wittenburger



Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen

TUTZING, 1. 2. 1990. Als ich kurz vor Weihnachten, von Göttingen kommend, auf dem Hamburger Hauptbahnhof nach Lübeck umsteigen wollte, kam ein junger Mann auf mich zu, stellte mich regelrecht, nannte mich einen Vaterlandsverräter, ließ mich mit diesem nachhallenden Wort stehen, kam, nachdem ich mir einigermaßen gelassen eine Zeitung gekauft hatte, abermals auf mich zu, um nicht etwa leise drohend, vielmehr freiheraus anzukündigen, daß es nun Zeit sei, mit meinsgleichen aufzuräumen.

Nach erstem Ärger, den ich noch auf dem Bahnsteig abzuschütteln verstand, fuhr ich nachdenklich nach Lübeck. - „Vaterlandsverräter!“ Ein Wort, das, gepaart mit den „vaterlandslosen Gesellen“, zum Sprachschatz deutscher Geschichte gehört. Hatte der junge Mann nicht recht, als aus ihm kalte Wut sprach? Kann mir jenes Vaterland, zu dessen Gunsten mit meinsgleichen aufgeräumt werden soll, nicht gestohlen bleiben?

Es ist so: Ich fürchte mich nicht nur vor dem aus zwei Staaten zu einem Staat vereinfachten Deutschland, ich lehne den Einheitsstaat ab und wäre erleichtert, wenn er - sei es durch deutsche Einsicht, sei es durch Einspruch der Nachbarn - nicht zustande käme.

Natürlich ist mir bewußt, daß mein Standpunkt gegenwärtig Widerspruch auslöst, mehr noch, geeignet ist, Aggressionen von der Kette zu lassen, wobei ich nicht nur an den jungen Mann vom Hamburger Hauptbahnhof denke. Viel subtiler macht zur Zeit die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit Leuten, die sie kategorisch Linksintellektuelle nennen läßt, kurzen Prozeß.

Es reicht ihren Herausgebern nicht, daß der Kommunismus bankrott ist, mit ihm soll auch der Demokratische Sozialismus, samt Dubceks Traum vom Sozialismus mit menschlichem Gesicht, am Ende sein. Das hatten Kapitalisten und Kommunisten immer gemein: die vorbeugende Verdammung eines Dritten Weges. Deshalb wird jeder Hinweis auf die nunmehr erstrittene Eigenständigkeit der DDR und ihrer Bürger sogleich mit Umsiedlerzahlen verschüttet. Selbstbewußtsein, das sich trotz vierzig Jahre wärender Unterdrückung leidend entwickelt und schließlich revolutionär behauptet hat, darf nur kleingedrückt Platz beanspruchen. So soll der Eindruck entstehen, daß in Leipzig und Dresden, in Rostock und Ost-Berlin nicht das Volk der DDR, sondern auf ganzer Linie der westliche Kapitalismus gesiegt hat. Und schon wird Beute gemacht.

Kaum hat die eine Ideologie ihren Griff lockern, dann aufgeben müssen, da greift die andere Ideologie wie altgewohnt zu. Notfalls zeigt man die marktwirtschaftlichen Folterinstrumente. Wer

nicht spurt, kriegt nix. Nicht mal Bananen.

Nein, ein so unanständig auftrumpfendes, durch Zugriff vergrößertes Vaterland will ich nicht, wemgleich mir, außer einigen Gedanken, nichts zu Gebote steht, solche Spottgeburt zu verhindern. Schon befürchte ich, daß es - unter welchem Tarnnamen auch immer - zwangsläufig zur Wiedervereinigung kommt. Die starke DM wird dafür sorgen: die Sprin-

gung ist - wird es uns gelingen, mit bewährt harter DM - und nach Anerkennung der polnischen Westgrenze - ein gut Stück Schlesien, ein Stückchen Pommern wirtschaftlich untertänig zu machen und - nach deutschem Bilderbuchmuster - wieder einmal zum Fürchten und isoliert sein.

Dieses Vaterland verrate ich jetzt schon: mein Vaterland müßte vielfältiger, bunter, nachbarlicher, durch Schaden klüger und

tion, die unseren Nachbarn erträglich sein könnte, immer wieder eins draufgesetzt werden, mal nach vagem Paulskirchen-Konzept als Bundesstaat, dann wieder, als müßte das so sein, in Gestalt einer Groß-Bundesrepublik? Ist denn eine deutsche Konföderation nicht mehr, als wir jemals erhoffen konnten? Sind denn umfassen Einheit, größere Staatsfläche, geballte Wirtschaftskraft ein erstrebenswerter Zuwachs?

Erstens: Eine deutsche Konföderation hebt das Nachkriegsverhältnis der beiden deutschen Staaten von Ausland zu Ausland auf, legt eine nichtswürdige, auch Europa trennende Grenze nieder und nimmt dennoch Rücksicht auf die Besorgnisse oder gar Ängste seiner Nachbarn, indem sie in verfassunggebender Versammlung auf die Wiedervereinigung als Einheitsstaat verzichtet.

Zweitens: Eine Konföderation der beiden deutschen Staaten tut weder der nachkriegsgeschichtlichen Entwicklung des einen noch des anderen Staates Gewalt an, sie erlaubt vielmehr Neues: eigenständige Gemeinsamkeit; und sie ist zugleich souverän genug, den jeweils eingegangenen Bündnisverpflichtungen nachzukommen und so dem europäischen Sicherheitskonzept zu entsprechen.

Drittens: Eine Konföderation der beiden deutschen Staaten steht dem europäischen Einigungsprozeß näher als ein übergewichtiger Einheitsstaat, zumal das geeinte Europa ein konföderiertes sein wird und deshalb die herkömmliche Nationalstaatlichkeit überwinden muß.

Viertens: Eine Konföderation der beiden deutschen Staaten geht den Weg eines anderen, wünschenswert neuen Selbstverständnisses. Der deutschen Geschichte gegenüber trägt sie als Kulturation gemeinsam Verantwortung. Dieses Verständnis von Nation nimmt die gescheiterten Bemühungen der Paulskirchen-Versammlung auf, versteht sich als erweiterter Kulturbegriff unserer Zeit und eint die Vielfalt deutscher Kultur, ohne nationalstaatliche Einheit proklamieren zu müssen.

Und fünftens: Eine Konföderation der beiden deutschen Staaten einer Kulturation gäbe durch ihre konfliktlösende Existenz Anstoß für die Lösung weltweit unterschiedlicher und dennoch vergleichbarer Konflikte, sei es in Korea, in Irland, auf Zypern und auch im Nahen Osten, überall dort, wo nationalstaatliches Handeln aggressiv Grenzen gesetzt hat oder erweitern will. Die Lösung der Deutschen Frage durch Konföderation könnte beispielhaft werden.

Dazu einige Anmerkungen: Den deutschen Einheitsstaat hat es in wechselnder Größe nur knappe 75 Jahre lang gegeben: als Deutsches Reich unter preußischer Vorherrschaft, als von Anbeginn vom Scheitern bedrohte Weimarer Republik, schließlich, bis zur bedingungslosen Kapitulation, als Großdeutsches Reich. Uns sollte bewußt sein, unseren Nachbarn ist bewußt, wieviel Leid dieser Einheitsstaat verursacht, welch Ausmaß Unglück er anderen und uns gebracht hat. Das unter dem Begriff Auschwitz summierte und durch nichts zu relativierende Verbrechen Völkermord lastet auf diesem Einheitsstaat.

Niemals - bis dahin - hatten

sich Deutsche während ihrer Geschichte in solch fürchterlichen Verruf gebracht. Sie waren nicht besser, nicht schlechter als andere Völker. Komplexgesättigter Größenwahn hat die Deutschen dazu verleitet, ihre Möglichkeit, sich als Kulturation in einem Bundesstaat zu finden, nicht zu verwirklichen und statt dessen mit aller Gewalt den Einheitsstaat als Reich zu erzwingen. Er war die früh geschaffene Voraussetzung für Auschwitz. Er wurde latente, auch anderswo üblichem Antisemitismus zur Machtbasis. Der deutsche Einheitsstaat verhalf dem nationalsozialistischen Rassenideologie zu einer entsetzlich tauglichen Grundlage.

An dieser Erkenntnis führt nichts vorbei. Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die Deutsche Frage sucht, muß Auschwitz miteinrechnen. Der Ort des Schreckens, als Beispiel genannt für das bleibende Trauma, schließt ein zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus. Sollte er, was zu befürchten bleibt, dennoch ertrötet werden, wird ihm das Scheitern vorgeschrieben sein.

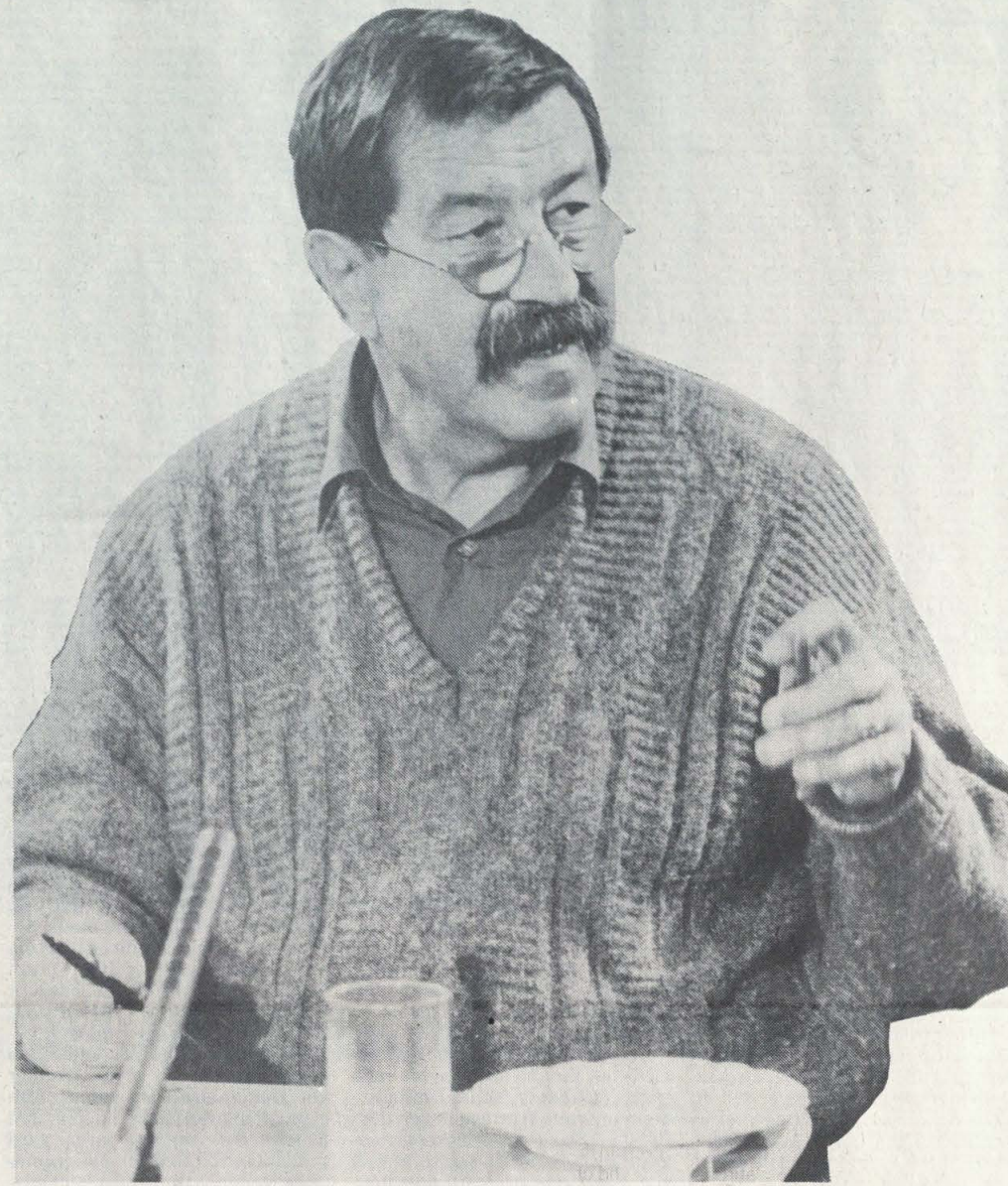
In Tutzing wurde vor mehr als zwei Jahrzehnten das Wort „Wandel durch Annäherung“ geprägt; eine lange umstrittene, schließlich bestätigte Formel. Annäherung gehört mittlerweile zum politischen Alltag. Gewandelt hat sich durch den revolutionären Willen ihres Volkes die Deutsche Demokratische Republik; noch nicht gewandelt hat sich die Bundesrepublik Deutschland, dessen Volk den Anstrengungen drüben teils bewundernd, teils herablassend zuschaut: „Wir wollen euch ja nicht dreinreden, aber...“

Und schon ist Einmischung üblich. Hilfe, wirkliche Hilfe wird nur nach westdeutschen Konditionen gegeben. Eigentum ja, heißt es, aber kein Volkseigentum, bitte. Die westliche Ideologie des Kapitalismus, die jeden anderen ideologischen Ismus ersatzlos gestrichen sehen will, spricht sich wie hinter vorgehaltener Pistole aus: Entweder Marktwirtschaft oder...

Wer hebt da nicht die Hände und ergibt sich den Segnungen des Stalins, dessen Unanständigkeit so sichtbar durch Erfolg relativiert wird. Ich fürchte, daß wir Deutschen auch die zweite Möglichkeit der Selbstbesinnung ausschlagen werden. Kulturation in konföderierter Vielfalt zu sein, ist uns offenbar zu wenig; und „Annäherung durch Wandel“ ist - weil nur kostspielig - einfach zuviel verlangt. Doch auf Mark und Pfennig berechnet, wird die Deutsche Frage nicht zu beantworten sein.

Was sagte der junge Mann auf dem Hamburger Hauptbahnhof? - Recht hat er. Man zähle mich gegebenenfalls zu den vaterlandslosen Gesellen.

Diesen Beitrag sandte uns Günter Grass zu.



gerpresse, nunmehr im Bunde mit Rudolf Augsteins leichtfertigen Montagespisteln, werden aufgabenstark dafür sorgen: und deutsche Vergeßlichkeit wird dem Sorge tragen.

Am Ende werden wir knapp achtzig Millionen zählen. Wir werden wieder einig, stark und - selbst beim Versuch, leise zu sprechen - laut vernehmlich sein. Schließlich - weil genug nie ge-

europäisch verträglicher sein.

Alptraum steht gegen Traum. Was hindert uns, der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern durch einen gerechten, längst fälligen Lastenausgleich dergestalt zu helfen, daß der Staat sich wirtschaftlich und demokratisch festigen kann und seine Bürger weniger Mühe haben, daheim zu bleiben? Warum muß der deutschen Konföderation

Ist das nicht alles wiederum viel zuviel?

In Reden und Aufsätzen habe ich mich seit Mitte der sechziger Jahre gegen die Wiedervereinigung und für eine Konföderation ausgesprochen. Hier gebe ich abermals Antwort auf die Deutsche Frage. Nicht in zehn, in fünf Punkten will ich mich kurz fassen:

Hoffnung oder Lorelei?

„Frühling läßt sein blaues Band...“ Nicht als Symptom für Jahreszeit; Frühling meint Hoffnung. Wie kommt mir Mörike in den Sinn, der skurrile Romantiker. Die Zeit ist wenig romantisch, nicht einmal skurril.

Von Mörike sagt man, er sei ein Stubenrevolutionär gewesen. Tagelang verkroch er sich zeitunglesend ins Bett und studierte die Revolutionsberichte von 1848. Er selbst war kein Kämpfer und scheute laute Töne, aber sein Herz schlug für die künftige Republik.

Der stille Freigeist kommt mir tröstlich in den Sinn, wenn auf den Demos Menschen Menschen niederschreiben. Nicht nur die Schreier sind das Volk. Viele gibt es, die tragen den Kampf um die Erneuerung zu Hause mit sich aus, stehen selbstverständlich an ihrem Arbeitsplatz und offenbaren sich höchstens in Briefen oder im Zweiergespräch. Das Wissen um ihr Vorhandensein hat mir aus dem Heine-Trauma herausgeholt.

Ich bin wohl nicht die einzige, die in den letzten Wochen ein Defizit an Mut und Hoffnung hatte. Wie konnte das geschehen? Die Welt hatte doch unsere Mündigkeit gelobt, und wir waren im November aufgebrochen für... ja



wofür - wenn wir uns nicht erinnern, wird es vergessen sein - für eine erneuerte DDR. Für eine erneuerte, eigenständige DDR. Aber dann hatte man die Tore geöffnet und die Bürger stillten ihren Durst nach Freiheit, angestaut in vierzig langen Jahren. Deichbruchartig ergossen sich die Fluten der Emotion. Wer wollte noch Vernunft einfordern?

Gefühle haben eigene Gesetze. Revolutionen auch. Nach dem Sturz des alten Regimes erfolgt die Konstituierung der neuen Macht, und das heißt Arbeit, nicht Genuß. Das Volk war mit einem Wunder überrumpelt worden: Die Welt stand offen. Nun wollen es

weitere: Deutschland einig Vaterland; Westmark hier und heute... Zu viele machten sich schuldlos, indem sie sich Schuldige suchten. Und das waren für sie nicht nur die Stalinisten, die „Betonköpfe“ der Partei, das war für sie die ganze Partei, jeder Genosse, und es sollte abgerechnet werden. Sie zeigten auf die Bäume an der Straße. Ohne Nachdenken nahmen sie sich das Recht zu sagen: Wir haben noch genug Bäume für euch, da könnt ihr hängen. Und sie nahmen sich das Recht, den Schuldigen Erich Honecker als KZ-Häftling zu verkleiden. Sie - das waren nicht alle, aber auch nicht wenige, besonders in der Heldenstadt

Leipzig. Im November 1989 waren wir mit der Losung marschiert: Wider den Schlaf der Vernunft. Schließ sie schon wieder? Heine-Stimmung beschlich nachdenkliche Gemüter. „Ich glaube, am Ende verschlingen die Wellen noch Schiffer und Kahn...“

Wie gut: Der eilige Schritt der Zeit läßt Schlaf nicht zu. Die Ereignisse zwingen zum Wachsein und zur Sachlichkeit. Hüben wie drüben. Ich weiß, ich kämpfe gegen Windmühlensflügel - wirklich verloren ist eine Sache erst dann, wenn auch der letzte sie aufgegeben hat. Vorläufig sehe ich noch Verbündete, hier und in der Bundesrepublik. ASTRID KLOOCK

Neue Ölbilder im Kunsthaus Lübeck



Das Kunsthaus Lübeck zeigt im Februar 1990 neue Ölbilder von András Márkos. Der am 16. Juni 1950 geborene András Márkos lebt im süddeutschen Raum und wird vom Kunsthaus Lübeck exklusiv vertreten.

Nach der sehr erfolgreichen Präsentation seiner Bilder im Frühjahr 1989 stellt das Kunsthaus Lübeck jetzt eine Reihe von neuen Arbeiten vor, die die überzeugende Handschrift des Künstlers im modernen Informell belegen.

Stellungnahme

Am 3. Januar 1990 bat mich die Redaktion des „Mecklenburger Aufbruch“ um die Übernahme eines Anteils der Bonner Zeitung „Die Welt“ vom 21. Dezember 1989. Dieser Aufsatz ist eine Zusammenfassung eines von mir dem ZDF gegebenen Interviews.

„Die Welt“ hat zu diesem meinem Aufsatz einen Vorspann geschrieben, den ich erst nach Erscheinen des Artikels zur Kenntnis nehmen konnte. Gleichwohl habe ich dem „Mecklenburger Aufbruch“ meinen Aufsatz kostenlos zur Verfügung gestellt, ohne allerdings darauf hinzuweisen, daß der Vorspann von „Die Welt“ 1. nicht von mir, 2. so falsch ist. Denn wegen des Buches oder überhaupt aus politischen Gründen bin ich nicht

verurteilt worden. Tatsache aber ist, daß ich zu keinem Zeitpunkt an einem Ort - auch nicht im Ausland - von mir als politisch Verfolgten gesprochen habe.

Vielmehr bin ich vor über 10 Jahren wegen eines Diebstahls verurteilt worden, zu 2½ Jahren. Dennoch spielt ein derartiges Erlebnis im Leben eines 20jährigen eine weitläufige Rolle, weshalb ich den Fakt erwähnt habe, zumal ich dieses Thema literarisch bearbeite. Die Unterstellung, mich politisch oder künstlerisch dergestalt auf bessern zu wollen, ist absurd und spricht eher gegen jene, die das behaupten. Denn, wie gesagt: Von mir ist so ein Zusammenhang nie hergestellt worden, weil es ihn nicht gab. N. Bleisch

Verkäufe

Verkaufe neuen Autokindersitz "Peggy", Preis 250 Mark. Tel. Schwerin 7 16 90

Kaufgesuche

Suche Bestecke (Fischbesteck) Silberauflage, zu kaufen. Lützow 2 93

Suche Schaukelstuhl! G. Rathke, Schloßstr. 1, Schwerin 27 50

Suche Tischlereimaschinen Tel. Schwerin 7 16 47

Suche Waschmaschine ab halbautomatisch. E. Köppen, Zum Netzbogen 3, Wismar 2400

Nur wer kritische Leser hat, macht auch eine gute Zeitung!

Wann haben Sie uns zuletzt geschrieben?



Forscher sucht Volkskalender 1800-1918

Trowitsch, Trewendt, Stefens, Weber, Lindow, Gubitz, Nieritz, Schorer, Lahrer hinkender Bote, Der Arme Konrad, auch religiöse u.v.a.m.

Dr. Andreas Graf Dreikönigenstr. 38, D-5000 Köln 1 Telefon (02 21) 31 74 06

Suche Prospekte, Zeitschriften, Ersatzteillisten, Ganzabbildungen, Handbücher, Chroniken, Typen- und Nummernschilder aller Kfz-Fabrikate, mit Baujahr vor 1980 sowie Emailleschilder aller Kfz-Veteranenarchiv, Jens-Uwe Ahrendt, Möwenburgstraße 18, Schwerin 2756

Tausch

Tausche Grammophon gegen Leinwand bis 1940. Tel. Gadebusch 32 32

Sonstiges

Suche Klempner für Klempnerarbeiten. Tel. Schwerin 86 22 37

Imker sucht Imkerfreund zwecks Erfahrungsaustausch. Tel. Schwerin 37 59 27

Schmuck und Accessoires Irene Schurich Schmiedestraße 19, Schwerin Besuchen Sie unser Fachgeschäft im Zentrum der Stadt

Fenster und Türen? Kein Problem! Ihr Tischler berät Sie individuell Horst Tiedt Franz-Mehring-Straße 33, Schwerin 2758 Telefon 7 10 33

Seit 70 Jahren Karosserieinstandsetzung und Werkstatt für Kraftstofftanks KARL GEORG HECKEL Karosseriebaumeister Johannesstraße 17, Schwerin 2754, Telefon 8 32 84

Wenn der Kleintransporter streikt, dann hilft Ihnen Manfred GUHL Kfz-Firma (Barkas-Service) Ernst-Thälmann-Straße 131 · Schwerin 2752 · Tel. 86 41 87

F.D.P. Freie Demokratische Partei

UNSER PROGRAMM - IHRE ZUKUNFT

Freiheit ist unteilbar. Es gibt sie entweder ganz, oder es wird sie gar nicht geben.

KERNSÄTZE aus der Wahlplattform der F.D.P. - der liberalen Partei in beiden derzeit noch existierenden deutschen Staaten:

- 1. Schnelle Herstellung der deutschen EINHEIT nach sofortiger Wirtschafts- und Währungsunion und ohne jedwede Gebietsansprüche.
2. Durchsetzung liberaler Positionen in Staat und Gesellschaft, denn im Mittelpunkt der Gesellschaft steht die größtmögliche FREIHEIT des einzelnen Bürgers. Wir schaffen einen freiheitlich-demokratischen RECHTSSTAAT.
3. Einführung der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ohne Wenn und Aber. Sicherung der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, freie Entfaltung von Ideen und Schöpferertum und die freie Bewegung des Kapitals sind für die Wiederherstellung unserer Lebensform unabdingbar.

- 4. Wiederherstellung und Bewahrung einer lebenswerten Umwelt, denn eine leistungsfähige Marktwirtschaft ist auch ökologisch. Erhöhung der Verantwortung des einzelnen Bürgers für seine Umwelt. Konsequente Durchsetzung des Vorsorge- und Verursacherprinzips durch ein effektives Umweltschutzgesetz.
5. Gewährleistung der sozialen Sicherheit aller Bürger, auch der Lehrlinge, Studenten und Rentner. Verbindung des Prinzips der Eigenversorgung mit der Existenzabsicherung durch Staat und Gesellschaft. Aufbau eines leistungsfähigen Gesundheitswesens. Sicherung des unter den Bedingungen der sozialistischen Mißwirtschaft erworbenen bescheidenen Wohlstandes der Bürger, deshalb auch keine Abwertung der Sparguthaben.

Dieter Wöstenberg Landesvorsitzender Mecklenburg/Vorpommern Tannenhof 29, Schwerin 2786

Die neue deutsche Republik darf weder zu ROT noch zu SCHWARZ werden!

Wir bringen Ihre Anzeige!

Schnell ... einfach ... preiswert ...

Schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, zahlen Sie per Postanweisung.

Nach Eingang wird sofort gedruckt.

Setzen Sie den Text Ihrer Wahl in den vorbereiteten Coupon ein.

Kosten: 15,- M, jede Zeile mehr 3,- M

Bitte veröffentlichen Sie folgende Anzeige:

Grid for entering advertisement text with 5 rows and 20 columns.

Fields for Absender, Name, Vorname, Unterschrift, Straße, PLZ/Ort, and Telefon.

Mecklenburger Aufbruch · Schwerin 2750 · Puschkinstraße 19



Fuhrbetrieb Hälke Th. Peter Hälke 711 Dalberg Telefon Cramon 0 85 67/2 32

Was fährt, wer fährt? Hälke fährt!



Serie: Bauen in Mecklenburg **Fachwerk**

Auszüge aus „Buten und binnen“, Redakteur: Günter Ehrhardt
Hinweise für die Erhaltung und Instandsetzung

Fachwerkkonstruktionen sind Skelettbauten. Das bedeutet, daß alle in einem Bauwerk auftretenden Lasten durch das Holzgerüst aufgenommen und über die Grundschwelle verhältnismäßig gleichmäßig an das Fundament weitergeleitet werden.

Alle anderen Bauteile, wie Decken- und Gefachfüllungen, haben nur raumschließende Funktionen. Ist das Fachwerkgefüge durch Schäden in seiner Tragfähigkeit geschwächt, müssen ausgemauerte Gefachflächen bestimmte Lastenanteile übernehmen. Gefache, die mit Lehmstaken geschlossen sind, können keine Lasten aufnehmen.

Hauptsächlich im Sockelbereich eines Hauses werden derartig tragende Ausfachungen angebracht, wenn Schwelle und Steilfüße angegriffen sind und über die Riegel Druck auf einzelne Gefache ausgeübt wird.

Der Instandsetzung von Fachwerken muß eine gründliche Untersuchung des Holzwerkes vorausgehen. Das ist in vielen Fällen

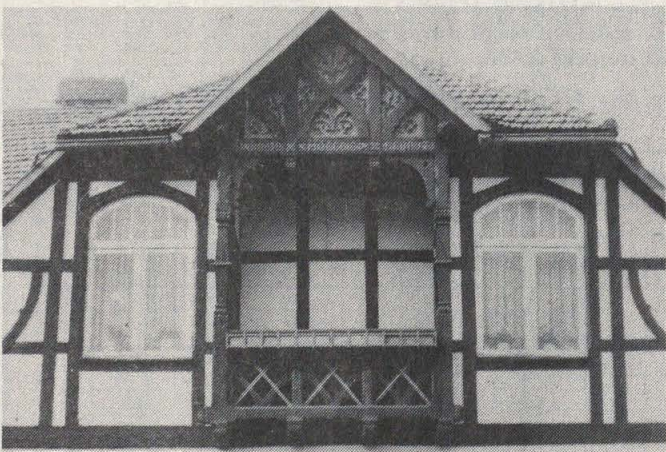
verbunden mit dem Abschlagen vorhandener Putzschichten.

Nach heutigen Anforderungen erscheinen die Gründungen alter Fachwerkhäuser in den Städten und auf dem Land mangelhaft. Vielfach geht die Gründung der Bauernhäuser aus Findlingen nicht tiefer als 50 cm im Außenwandbereich, unter den Eckstielen liegen oftmals nur größere Steine. Und trotzdem haben sich die Häuser bis heute erhalten. Die nun auftretenden Schäden haben ihre Ursache vielfach nur in fehlender oder mangelhafter Pflege der Häuser, auch des Gründungsbereiches. Bei allen mit Rohr gedeckten Häusern fehlt eine Regenwasserableitung über Dachrinnen. Dafür war um die Häuser ein Traufpflaster angelegt mit einem Gefälle vom Haus weg. Heute sind diese Bereiche vielfach mit dicken Grasschichten überwachsen. Dadurch wird die Schwelle einer dauernden Feuchtigkeitsbelastung ausgesetzt, die sie über Jahrzehnte nicht ohne Schäden überstehen kann. Sie fängt an zu faulen und die vorhandenen La-

sten drücken sie, einschließlich der Gründung immer tiefer in den aufgeweichten, nicht mehr oder nur noch sehr schlecht austrocknenden Boden. Sind die Schäden an der Holzkonstruktion so stark, daß Hölzer ausgewechselt werden müssen, so sind die sie umgebenden Gefache auszubauen. Dabei ist darauf zu achten, daß die Gefache trotz der Schäden am Holzwerk noch keine Lasten übernehmen haben. Bei Gefachfüllungen mit Ziegeln sollten diese nach dem Herausnehmen abgeputzt und abgelagert werden, um sie nach der Instandsetzung wieder zu verwenden.

Nach der erfolgten zimmermannsmäßigen Instandsetzung des Holzwerkes müssen die Gefache neu ausgesetzt werden. Die Wahl der dazu notwendigen Materialien sollte an den ursprünglich vorhandenen Baustoffen orientieren. Die vor der Sanierung ausgebauten Ziegel sollten wieder verwendet werden.

Alle Farben, die ein Atmen des Bauwerkes nicht behindern, sind als Anstrich für ein Gebäude denkbar. Abzulehnen sind grundsätzlich alle Öl- und Alkydharzfarbanstriche. Sie bilden einen wasserundurchlässigen Film über der Fassade und die darunter befindlichen Baustoffe werden geschädigt. In ungünstigen Fällen platzen die Farben wieder ab, nachdem der Frost die oberste Schicht der Mauerziegel oder des Putzes zerstört hat. Am besten sind für Gefachanstriche Kalkfarben oder Kalkkaseinfarben geeignet, mit denen der noch frische Kalkputz gestrichen wird. Für das Holz sollten Holzschutzmittel oder Holzschutzglasuren verwendet werden. Ein neuer Anstrich sollte sich bei alten Fachwerkbauten immer am historischen Befund orientieren.



Volkskunst ohne Zukunft?

Standpunkt von Neubrandenburger Volkskünstlern

Wir und mit uns viele unserer Mitbürger waren in der Vergangenheit volkskünstlerisch tätig.

Dies war für uns kein Privileg, sondern bedeutete viel mehr zusätzliche Arbeit neben dem eigentlichen Beruf und oft weniger Zeit für die Familie. Aber es war auch Spaß und Freude an der eigenen Selbstverwirklichung, das Gefühl, mit Gleichgesinnten etwas Schönes und Großes zu schaffen und zu erleben. Und es waren nicht zuletzt die Auftritte und Ausstellungen, mit denen wir jährlich vielen Millionen Menschen Freude und Entspannung brachten. Welches

Volks- oder Betriebsfest, welches Stadtjubiläum, welche andere kleine oder große Veranstaltung wäre ohne das Engagement der Volkskünstler - vom Kabarettisten bis zum Fotografen, vom Diskotheker bis zum Chorsänger - möglich gewesen?

Heute nun fragen wir uns, ob es in dieser Zeit der großen Wende auch für uns eine Wende geben wird? Soll Volkskunst künftig nur noch Privatsache sein?

Ist die gesellschaftliche Anerkennung für uns Volkskünstler „mit der Revolution abgeschafft“?

In den Programmen und Aussagen etablierter und neuer Parteien und politischer Gruppierungen zur künftigen Gestaltung unserer Gesellschaft finden wir zur Entwicklung von Kultur und Kunst wenig oder keine klaren Aussagen.

Wir fordern deshalb im Namen von über 2000 Volkskünstlern der Stadt und des Kreises Neubrandenburg schnellstens Antwort auf die uns bewegenden Fragen von den Parteien und Gruppierungen, die die Zukunft unseres Landes prägen wollen: Stadtkabinet für Kulturarbeit, PSF 445, Neubrandenburg 2000.

„Arbeitslosigkeit“ nun auch für DDR-Bürger?

Große Schwierigkeiten haben viele Menschen in der DDR, sich an den Gedanken zu gewöhnen, ohne festes Arbeitsverhältnis, ohne sicheres Einkommen zu sein.

Das Schreckgespenst „Massenarbeitslosigkeit“ war dem DDR-Bürger bisher nur aus der Presse oder durch das Fernsehen aus kapitalistischen Ländern bekannt.

Die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR erfordert vor allem in den Verwaltungen der Kombinate und Betriebe neue Strukturen, das heißt, wesentliche Reduzierung des Verwaltungsaufwandes, also rigorose Freisetzung von Verwaltungsangestellten.

Was nun, wohin mit dieser erheblichen Anzahl von überflüssigen Arbeitskräften?

Ein konkretes Beispiel aus der Bezirksstadt:

Von 137 Verwaltungsangestellten eines Kombinatbetriebes sollen laut neuem Strukturplan nur noch ca. 50 Prozent weiterbeschäftigt werden. Für 68 Menschen, die bisher ihrer geregelten Arbeit nachgingen, gibt es ein „Aus“.

Das schockiert! Rat- und Hilflosigkeit machen sich breit. Es ist ja kein ureigener Entschluß eines Beschäftigten, seine Arbeitsstelle zu wechseln, sondern viele Menschen sind sozusagen über Nacht vor dieses Problem gestellt worden.

Davon sind insbesondere mittlere Kader, davon überwiegend

Frauen, aber auch Hoch- und Fachschulskader, betroffen.

Die Situation ist so ganz anders, so neu.

Neu hieran ist auch, wie einem bei der Arbeitssuche in den Betrieben begegnet wird, was man zu hören bekommt:

„Wir müssen selber Verwaltungskräfte abbauen.“ „Wir haben Einstellungsstopp.“ „Wir müssen selber sehen, wo wir unsere Leute lassen.“ „Es liegen schon sechs weitere Bewerbungen vor.“

Positiv wird neuerdings reagiert, wenn man keine kleinen Kinder mehr hat.

Arbeitsstellen, die eventuell noch frei sind, liegen ausschließlich um 300 bis 400 Mark im Nettoverdienst niedriger als das bisherige Einkommen.

Die neuen Arbeitsaufgaben erfordern meistens spezielle Kenntnisse oder sind sehr stupide, also kaum eine Alternative!

Besonders zu denken gibt in dieser Situation, daß weder das Personalbüro noch die Fachdirektoren, weder der Kombinatdirektor noch die örtlichen Räte sich um uns kümmern, Hilfe anbieten oder das persönliche Gespräch suchen.

Konkrete Umschulungsprogramme fehlen völlig! Das Amt für Arbeit ist total überfordert.

Für alle ist das Thema „Massenarbeitslosigkeit“ zu neu.

Es gibt keine Institutionen, die sich der Sache gezielt annehmen.

Gespräche im Kollektiv und zu Hause, die nun schon häufig von Angst geprägt in unerfreuliche und unsachliche Debatten ausarten, vergiften das Betriebsklima und belasten das Familienleben.

Wo ist denn nun die vielgeliebte soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit? Wo bleiben Humanität und Menschlichkeit, die ständig zitierten Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft?

Wir, die die Heimat ja wohlüberlegt und wegen der sozialen Sicherheit nicht verließen, sollen nun urplötzlich umdenken, sollen fähig sein, unsere Ellenbogen zu gebrauchen und rücksichtslos zu denken und zu handeln.

Nein! Tatsache ist, wir fühlen uns ohnmächtig, wissen nicht, wie wir unser Schicksal lenken, wie wir dem Schreckgespenst Arbeitslosigkeit begegnen sollen.

Schlimm ist, daß gerade die sogenannte Nachkriegsgeneration, also Menschen im Lebensalter um die 50, die die Karre aus dem Dreck gezogen und den größten Anteil am Wiederaufbau haben, nicht die geringste Chance sehen, einen zumutbaren neuen Arbeitsplatz zu finden. Wir, die für die jüngere Generation doch viele soziale Errungenschaften ermöglichten, sind nun überflüssig und fühlen uns abgeschoben.

STEPHANIE GÜNTHER

Nachgefragt:

Was ist mit der Gewerkschaft los?

Unser Gesprächspartner ist Wolfgang Schmichtchen, ehrenamtlicher BGL-Vorsitzender im VEB Getreidetechnik, Schwerin.

Das Interesse an den Problemen der Werktätigen ist augenblicklich gering. Das ist unverständlich, denn Angst geht um: Arbeitslosigkeit.

Die Basis fordert entweder Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit oder Bildung von Betriebsräten! In der derzeitigen Situation irritiert: Direktoren verhandeln über Fremdaufträge, ohne die Belegschaft einzubeziehen.

Die Gewerkschaften sind noch

in den Betrieben, ihr gehören noch 8,5 Millionen Werktätige an, aber die Werktätigen werden nicht vertreten! Ursache: Die BGL ist derzeit nicht ausreichend geschützt, das alte Recht gilt noch, wird aber nicht angewandt, das neue Gewerkschaftsgesetz ist ein Entwurf.

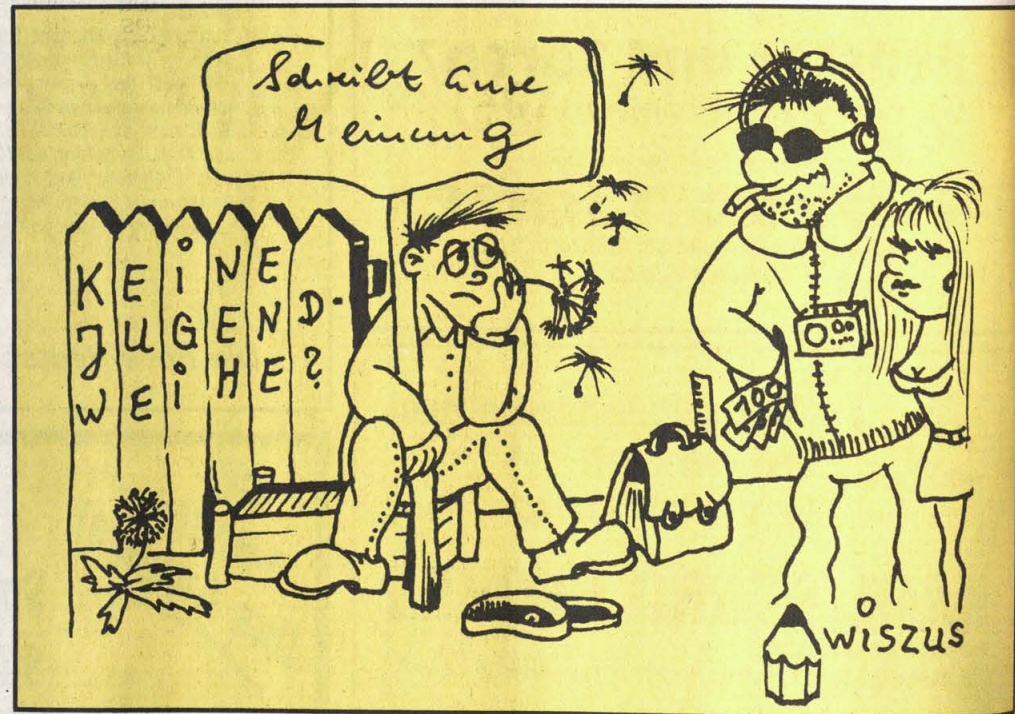
Bislang war die BGL ausführendes Organ der Betriebsleitung, jetzt fürchtet der Gewerkschaftsvertreter: Sein Engagement könnte der erste Schritt zu seiner eigenen Kündigung sein.

Das Resultat: Oft Tatenlosigkeit.

Der FDGB fordert auf Flugblättern höhere Löhne, Tarifautonomie, Arbeitszeitverkürzung, Sicherung der Arbeitsplätze.

Die Forderungen sind richtig und wichtig, bloß wie sie durchgesetzt werden - das verrät keiner.

Im Gegenteil - mit solchen Aktionen wird über die eigene Hilflosigkeit hinweggetäuscht. Die hauptamtlichen Gewerkschaftsleitungen erwecken den Eindruck: Es bleibt alles beim Alten! Starke arbeitsfähige Betriebsgewerkschaftsleitungen sind die beste Interessenvertretung - das wäre die Alternative zu Betriebsräten. R. M.



Dit un dat up Platt

Ratzeborg mitten in Dütschland!

Ut de Urgeschicht vun Mecklenborg weit wi, dat de Herrgott, as hei de Welt makt hett, bi Ratzeborg anfangen hett, un so möt Ratzeborg nich blot midden in Dütschland liggen, sonnern ok midden in de Welt.

So lang de Welt sick dreihet, hett de Düwel unsen Herrgott in dat Handwerk fuscht. Ok dat is in de Urgeschicht vun Mecklenborg nahtauläsen.

So hett hei sick vör gaud 40 Jöhren Minschen tauhop söcht un ehr Pahls ingrawen laten vun de Ostsee bit an de Adria un an dat Swatte Meer. As se de Pahls ingrawt harren, dor hett de Düwel ehr dor ierst Sticklehraht an langspannen laten, achteran ganze Drahtplatten un de denn ok noch Scheitapparate, de vun allein losgahn deen, wenn sick ein Minsch vun ein Siet vun de de Pahls up de anner Siet bewegen wull.

Nu hett de Herrgott ein Insein hatt un hett de Tauplägers vun den Düwel dat Handwerk leggt, un endlich liggt Ratzeborg nich mehr an't Enn vun de Welt, sonnern wedder in dat Zentrum.

Nu wüllt weck Lüd doch tatsächlich, dat vun dat Düwelswark Grenz wat stahn blifft. Kann dat angahn? Sünd dat de letzten Hülpslüd vun denn Düwel, de dor noch tauglich sünd un wieder updeihlen wüllt?

Mag unsen Herrgott dat nich taulaten, dat de Düwel un seine Hülpslüd in dissen Sak noch einen Faut in de Dör hebbt, mag de Herrgott dorfor sorgen, dat de Grenz ganz wegkümmt, un all ehr dömlichen Anlagen.

Blieben kann allein de Landesgrenz mang Nawers; De Lauenborger un de Mecklenborger.

KORL BAK

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76.

Für die Redaktion zeichnet verantwortlich Regine Marquardt, Postfach 1 89, Carlow 2731

Satz und Druck: sh:z Druckzentrum Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19, Schwerin 2750

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen. Es wird um Verständnis gebeten, daß nicht jede Zuschrift zur Veröffentlichung kommt.

Fotos: S. 1: Wohlfahrt; S. 2: Wohlfahrt (1), Dr. Kunze (1); S. 3: Dr. von Keyserlingk (1); S. 4: Hentschel (3); S. 5: Hentschel (5), Pallas (1); S. 6: Rößler (Karikatur); S. 8: Dr. von Keyserlingk (1), Hauck (1).